Lotta

Nr. 4
Winter [illegible] 2000

antifaschistische Zeitung aus NRW
4 Muck

www.free.de/lotta lotta@koma.free.de

Freie Kameradschaften in NRW

Die andere Seite des Punks

Akzeptierende Sozialarbeit
mit rechten Jugendlichen

Städteberichte

Deportation class

Interview mit „The Voice“

Liebe Leserinnen und Leser,

es gibt uns noch. Als Beweis legen wir die Nummer 4 der LOTTA vor. Einmal mehr viel zu spät, aber besser als gar nicht. Nach der zugegeben sehr schlechten Nr. 3 sind wir erst einmal in Klausur gegangen. Es hat einige Veränderungen in der Redaktion und im Konzept gegeben. Dem in der Nr. 1 formulierten Anspruch, ein breitgefächertes Themenspektrum zu präsentieren, „Diskussionen über Perspektiven antirassistischer, antipatriarchaler und antifaschistischer Politik" aufzugreifen, ja gar eigene Analysen und Stellungnahmen zu liefern, hinken wir um mehrere Lichtjahre abgeschlagen hinterher. Wo es kaum etwas gibt, kann im übrigen darüber auch nicht berichtet werden. Und natürlich haben auch uns die neonazistische Offensive und der darauf folgende heuchlerische „Aufstand der Anständigen" in Atem gehalten. Schließlich machen wir nicht nur Zeitung, sondern sind in einer Vielzahl weiterer Projekte eingebunden. Da der Tag aber bekanntlich nur 24 Stunden hat und die Veränderung dieser Tatsache ähnlich schwer durchsetzbar ist wie die Revolution, mußten wir Einschränkungen vornehmen. Immerhin konnte der drohende frühe Tod des Projekts abgewendet werden. Das aber nur auf Kosten unseres Anspruchs. Daraus folgt, daß wir viel häufiger als zuvor auf GastautorInnen und in lokalen Blättern veröffentlichte Artikel zurückgreifen werden und lediglich eine regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung der Naziszene in NRW garantieren können. Das heißt nicht, daß wir jetzt nur noch über Nazis schreiben, wie Ihr unschwer aus der aktuellen Ausgabe ersehen könnt. Das hängt aber im Einzelfall immer davon ab, wieviel Unterstützung und Anregungen wir von außen bekommen und an welchen inhaltlichen Themen wir gerade in der Redaktion und unseren lokalen politischen Zusammenhängen diskutieren und arbeiten. Dennoch glauben wir, daß die vorliegende Ausgabe recht interessant geworden ist. Natürlich beschäftigen wir uns mit den Nazidemonstrationen der vergangenen Monate und liefern Hintergrundinformationen. Aber auch durch Artikel zu deportation class und dem Interview mit „The Voice" mit Rassismus und antirassistischer Arbeit. Ebenfalls zu finden sind ein umfangreicher sehr interessanter Gastartikel zum Thema „Die andere Seite des Punks" und eine Auseinandersetzung zum Thema „akzeptierende Jugendarbeit mit Rechten". Und als Schmankerl unsere Fotoseiten auf den Seiten 18-19, damit`s nicht immer so bierernst bleibt.
Bitte beteiligt Euch an der Verbreitung der LOTTA und denkt an uns, wenn bei Euch etwas vorgefallen ist und/oder Ihr etwas an Beiträgen beisteuern könnt. Der Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 25. Februar.

Das nächste Jahrtausend ist das unsere (fängt ja bekanntlich erst 2001 an!)

Eure LOTTA-Redaktion

Impressum

V.i.S.d.P. : R. Meier

Kontakt:

LOTTA
c/o Geschichtswerkstatt
Wellinghoferstr.44
44236 Dortmund

AUFLAGE:

1000 Exemplare
Erscheinungsweise: Alle 3 Monate
Alle Rechte an den Fotos und Artikeln liegen bei den FotographInnen und den AutorInnen.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der / dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habennahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

Seite 2: Editorial
Seite 3: Naziaufmarsch in Dortmund „Der anständige Deutsche"
Seite 4: Naziaufmarsch Düsseldorf
Seite 7: Freie Kameradschaften in NRW
Seite 10: Wuppertal: Kemna-Prozess
Seite 11: Die andere Seite des Punks
Seite 16: Akzeptierende Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen
Seite 18: Fotoseiten
Seite 20: Naziaufmarsch Köln
Seite 21: Verbotsdebatte NPD
Seite 23: Städteberichte
Seite 27: Deportation class
Seite 29: Interview mit „The Voice"
Seite 31: Prozess Holger
Seite 32: Repression
Seite 35: Service

Dortmund und die „Anständigen Deutschen“

Es sollte der „Aufstand der Anständigen“ stattfinden, als „Führungskamerad“ Christian Worch aus Hamburg seine Demo gegen "die Hysterie der Medien!" in Zusammenarbeit mit dem Dortmunder Kameraden Siegfried Borchardt (ex-FAP) durchführte.

Heraus kam das inzwischen bekannte Ritual: Bratwurst essen, schlechte Musik hören (s.g. kulturelles Rahmenpogramm) und die Reden der Oberanständigen hören.

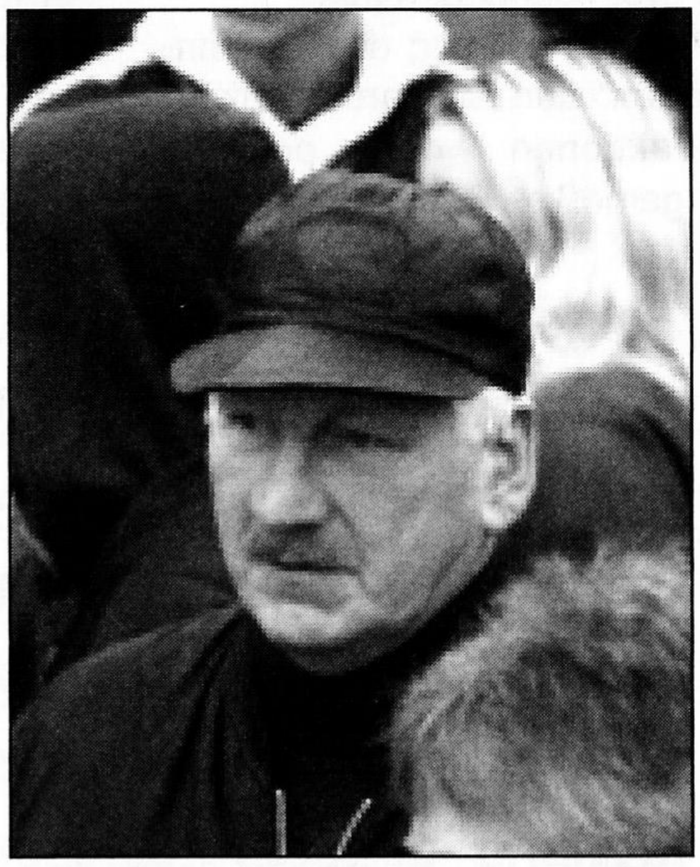
Die Heuchelei derjenigen, die sich da durch harmlose Lippenbekenntnisse als die Anständigen gerierten war offensichtlich. Waren es doch diejenigen, die ansonsten die barbarische Abschiebemaschinerie organisieren wie z.B. Wolfgang Clement (SPD). Oder der Dortmunder OB Langemeyer (SPD), der die Dortmunder Innenstadt, von Ordnungsamt und Polizei gemeinsam, nach ökonomischen Kriterien von allem „Unanständigen“ säubern läßt.

Ihre viel zitierte Toleranz gilt vorallem der paramilitärischen Bundespolizei BGS, welche am Dortmunder Hauptbahnhof (wie überall) Hatz auf nach rassistischen und ökonomischen Kriterien illegalisierte MigrantInnen macht und sie nach Möglichkeit in Elend,Folter und Tod abschiebt.

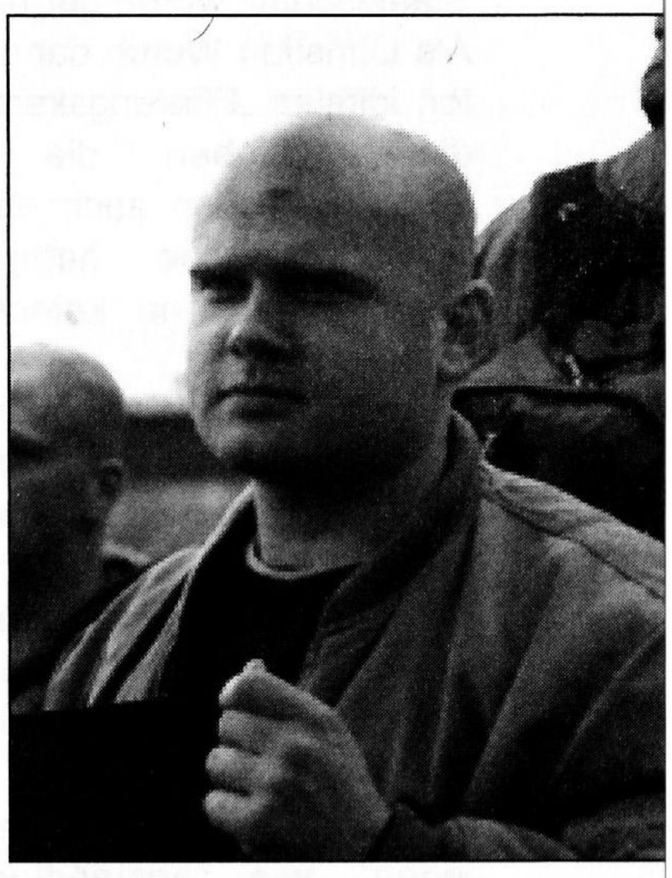
Gegen wen wollten sich die „anständigen“ BratwurstesserInnen also am 21.10.00 abgrenzen? Zum einen gegen die Nazis, die ihren Rassismus so unangenehm laut und offen formulieren. Und hierbei das „Ansehen Deutschlands in der Welt“ gefährden. Und das Dortmunds natürlich auch.

Bezeichnenderweise störte es die Stadtoberen auch wenig, als Nazis aus Dortmund und Umgebung ihrem Wunsch nach deutscher Gemütlichkeit etwas leiser in ihrem Dortmunder Treffpunkt Schützeneck mit bis zu 150 Personen nachkamen. Hier konnten völlig ungestört Kontakte geknüpft und Aktionen geplant werden. Oder es wurde sich spontan aufgemacht um PassantInnen zu zeigen, was ein/e anständige/r „Nationale/r“ so drauf hat. Unangenehm wurde die ganze Geschichte erst, als AntifaschistInnen es nicht lassen konnten auf dieses Treiben aufmerksam zu machen (Lotta berichtete).

Gefolgt waren diese Übergriffe von immer neuen Provokationen und Gewaltakten. Diese fanden ihren nächsten Höhepunkt in der Hatz auf MigrantInnen in der Dortmunder Nordstadt am Karfreitag, welchem die Polizei erst einmal zugukkte und Kräfte zusammenzog. So scheuten die, aufgrund mangelnder Gegenwehr sich immer stärker fühlenden Nazis auch nicht davor zurück polizeiliche Staatsschützer mit Stangen anzugreifen, als diese sie bei einem Gelage im Brechtener Wald kontrollieren wollten.



Ein altgedienter Borussenfrontler



Michael Wrobel Dortmunt

Oben: Kameradschaft Ruhrgebiet

Oben: Kameradschaft Ruhrgebiet

Ein Beispiel faschistischer Gewaltbereitschaft liefert der Fall des dreifachen Polizistenmörders Berger, dessen Verbindung in die rechte Szene natürlich erst einmal verschwiegen wurde. Hinweisen auf Kontakte zum Staatsschutz wurde gar nicht erst nachgegangen.
Als Christian Worch dann mit Unterstützung des genannten lokalen „Führungskameraden" den Aufmarsch ankündigte, blieben die Reaktionen der politisch Verantwortlichen auch eher gemäßigt. Die halbherzigen Verbotsversuche hatten dementsprechend keinen Erfolg.
So galt es am 21.10. auch nicht den Naziaufmarsch zu verhindern, wie es von unbelehrbaren „Chaoten" gefordert und versucht wurde, sondern in erster Linie „anständig" zu bleiben.
Allerdings wußte nicht jede/r wie anständige Deutsche demonstrieren (bzw. den Aufstand proben).
Diejenigen, die sich direkten Widerstand einfach nicht ausreden lassen wollten und eine Verkürzung der Demoroute erreichten (das waren mehr als erwartet ca. 4000 Menschen), mußten damit rechnen, daß die „Anständigen" sich hiervon distanzierten und ihre sittlichen Vorstellungen durchsetzen ließen. So landeten auch rekordverdächtig viele Menschen, zwecks sittlicher Verbesserung, im Polizeigewahrsam. Damit sie nächstes mal den „Anstand" zu wahren wissen.
Die Nazis, denen das Aufstandsgebaren der „Anständigen" galt, konnten sich über eine, von einem gewaltigen Polizeiaufgebot (fast 4000 BeamtInnen) „national befreite Zone" freuen. Hier konnten ca. 600 von ihnen ihre Runde drehen. Einige hatten hierfür auch längere Anfahrtswege in Kauf genommen um den „Nationalen Widerstand" vor Ort zu unterstützen. So war z. B. auch Friedhelm Busse (Ex - Bundesvorsitzender der FAP) gekommen um die Anwesenden mit einem Redebeitrag zu erfreuen.
Von der Polizei hatten die „Kameraden" nichts zu befürchten. Die setzte sich lieber handfest mit den GegendemonstrantInnen auseinander.
Beflügelt von dem Verlauf der Demonstration ließen sich die Nazis um Folgeveranstaltungen nicht lange bitten. Am 25.10. marschierten über 50 Nazis in der Dortmunder Nordstadt auf um „gegen linken Terror" zu demonstrieren. Da dies der Dortmunder Polizei anscheinend genehm war, gewährte sie anschließend sicheren Abmarsch und filzte eintreffende AntifaschistInnen (s. Städtebericht). Christian Worch gefiehl die von ihm angemeldete Demonstration am 21.10 anscheinend so gut, daß er nur fünf Wochen später für den 16.12.00 eine Demonstration mit dem Motto „Gegen Polizeiwillkür und Medienhetze" auf identischer Route anmeldete.
Die Polizei kündigte sofort an, sich diesmal damit zu begnügen den Schutz des Naziaufmarsches zu organisieren und keinerlei Verbotsantrag zu erwägen. OB Langemeyer erklärte hierzu, daß er sich von den Nazis nicht diktieren lasse, wann er demonstriere. Er vermag also anscheinend auch ohne „Aufstand" „anständig" zu bleiben. Bleibt zu hoffen, daß diesmal noch mehr Leute darauf verzichten, „anständig" zu sein und den Nazis zeigen, was ein Aufstand ist.

Folgende Worte sprach Heinrich Himmler nach dem Besucheines Vernichtungslagers zu seinen SS - Schergen:

„...von uns werden die meisten wissen, was es heißt, wenn hundert Leichen daliegen, wenn zweihundert daliegen, wenn tausend daliegen...Dieses durchgestanden zu haben und dabei anständig geblieben zu sein, hat uns hart gemacht."

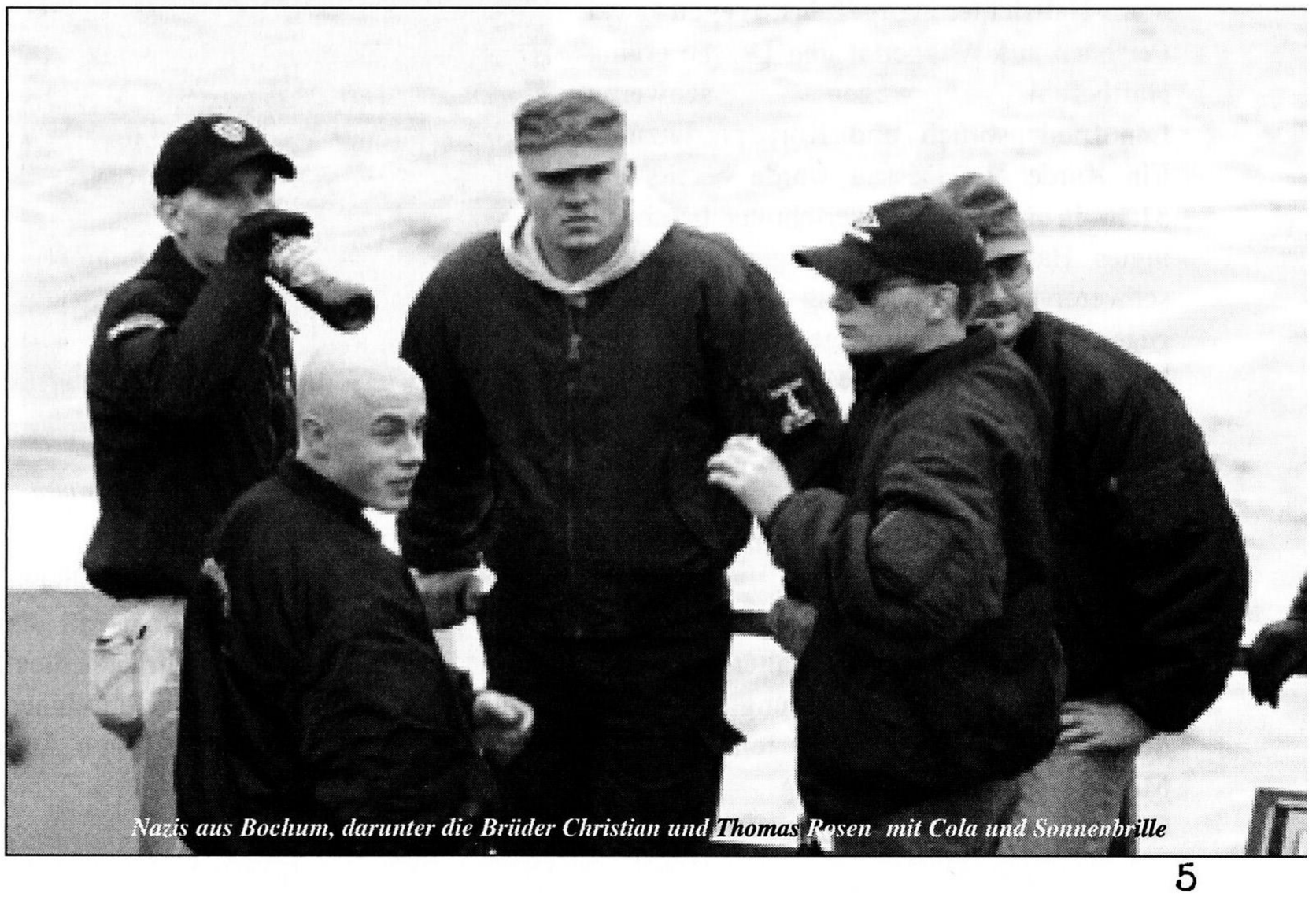
Mit 0,4 km/h für Deutschland – Der Neonaziaufmarsch am 28.10.

Lediglich 300 Neonazis waren am 28.10. zum Aufmarsch in Düsseldorf erschienen. Schon bald stand vielen von ihnen Enttäuschung und Frust im Gesicht geschrieben: Für ihren zwei Kilometer langen Marsch unter dem Motto „Meinungsfreiheit auch für Nationalisten – Argumente statt Verbote" benötigten sie fast fünf Stunden. Immer wieder mußte der Demonstrationszug, der sich über die von 4.000 PolizeibeamtInnen abgesicherte Rheinuferpromenade quälte, stoppen und bis zu 90 Minuten ausharren, bevor es weiterging. GegendemonstrantInnen war es trotz diversen Sondereinsatz- und bayrischen Unterstützungskommandos mehrmals beinahe gelungen, auf die Demonstrationsroute zu gelangen. Beinahe hätte der braune Spuk bereits nach weniger als 100 Meter sein Ende gefunden, weil es der polizeilichen Einsatzleitung lange Zeit zu gefährlich war, den Aufmarsch am Burgplatz vorbeizuführen. Man entschied sich jedoch dann für den Nachzug von Sondereinsatzkommandos und die Umleitung des Aufmarsches unterhalb der Rheinuferpromenade. Auf dem Rückweg von der Zwischenkundgebung am Innenministerium wurde den Neonazis dann auch noch von der Polizei untersagt, ihren vom Düsseldorfer „Kameradschafts"mitglied **Stefan Krekel** zur Verfügung gestellten und gefahrenen Lautsprecherwagen für weitere Durchsagen und Parolen zu nutzen. Mehrmals war zuvor über diesen „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" skandiert worden, was dem Einpeitscher noch vor Ort ein Ermittlungsverfahren wegen Werbens für eine verbotene und verfassungsfeindliche Organisation bescherte.
Organisiert worden war die Demonstration vom „Widerstand West", einem Zusammenschluß nordrhein-westfälischer „Freier Kameradschaften". Die Abwicklung der Demonstration, die von dem Neusser NPD-Kreisvorsitzenden **Reinhard Vielmal** aus Dormagen als „Privatperson" angemeldet worden war, lag in den Händen der „Kameradschaft Düsseldorf" um **Sven Skoda**. Dieser wurde von den nordrhein-westfälischen

„Führungskameraden“ **Siegfried Borchardt**, **Ralf Tegethoff**, **Christian Malcoci** und **Carsten Köppe** unterstützt. Auch der Bonner NPD-Kreisvorsitzende **Hans-Robert Klug** wirkte in der Demonstrationsleitung mit. Ebenso wie Vielmal konnte offenbar auch er dem Beschluß des NPD-Bundesvorstands, aufgrund der aktuellen Debatte über ein Verbot der NPD, derzeitig keine Demonstration durchzuführen, und der Distanzierung der NPD von der Düsseldorfer Demo nichts abgewinnen. Neben der „Kameradschaft Düsseldorf“ und ihrem zahlreichen Umfeld waren insbesondere Neonazis aus dem Ruhrgebiet, hauptsächlich aus Dortmund, Essen, Bochum und Witten, dem Ennepe-Ruhr-Kreis, dem Bonner Raum und dem Kreis Mettmann vor Ort anzutreffen. Auch die Betreiberin des Düsseldorfer-CD-Vertriebs „Hagalaz-Versand“, **Melanie Dittmer** und der ehemalige stellvertretende JN-Landesvorsitzender **Frank Amberg** aus Burscheid, beide heute für die „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ (ehemals „Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft“) tätig, gaben sich nach längerer Demonstrationspause wieder die Ehre. Nennenswerte Unterstützung von außerhalb NRWs, wie noch eine Woche zuvor in Dortmund, gab es nicht. Und sogar reihenweise „Kameradschaften“ aus NRW wie die „Sauerländer Aktionsfront“, die Siegener „Kameradschaft 2/130“, die ostwestfälischen „Kameradschaften“, dem Kölner „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ und die ansonsten immer präsenten niederländischen „Kameraden“ ließen sich nicht blicken. Ob diese geringe Beteiligung mehr auf fehlende Unterstützung aus der Szene oder auf antifaschistische Blockaden und Aktionen zurückzuführen ist, blieb ungeklärt. Fest steht, daß zwischen 100 und 200 Neonazis ihr Ziel nicht erreichten und bei der Anreise wieder abdrehen mußten. Diesen blieben hierdurch die peinlichen Reden vor Ort erspart. Während sich Skoda und Tegethoff einmal mehr in Goebbels-Kopien versuchten, schaffte es Vielmal nur mit großer Mühe, seine dreiminütige wirre Rede vom Papier abzulesen. Der „bekannte nationale Redakteur **Truchs**“ und eine nicht näher vorgestellte Vertreterin der „Erlebnisgeneration“ standen ihm in nichts nach. Letztere appellierte an die „jungen Kameraden“, doch mehr auf ihr

Die Neonazis in Aufstellung

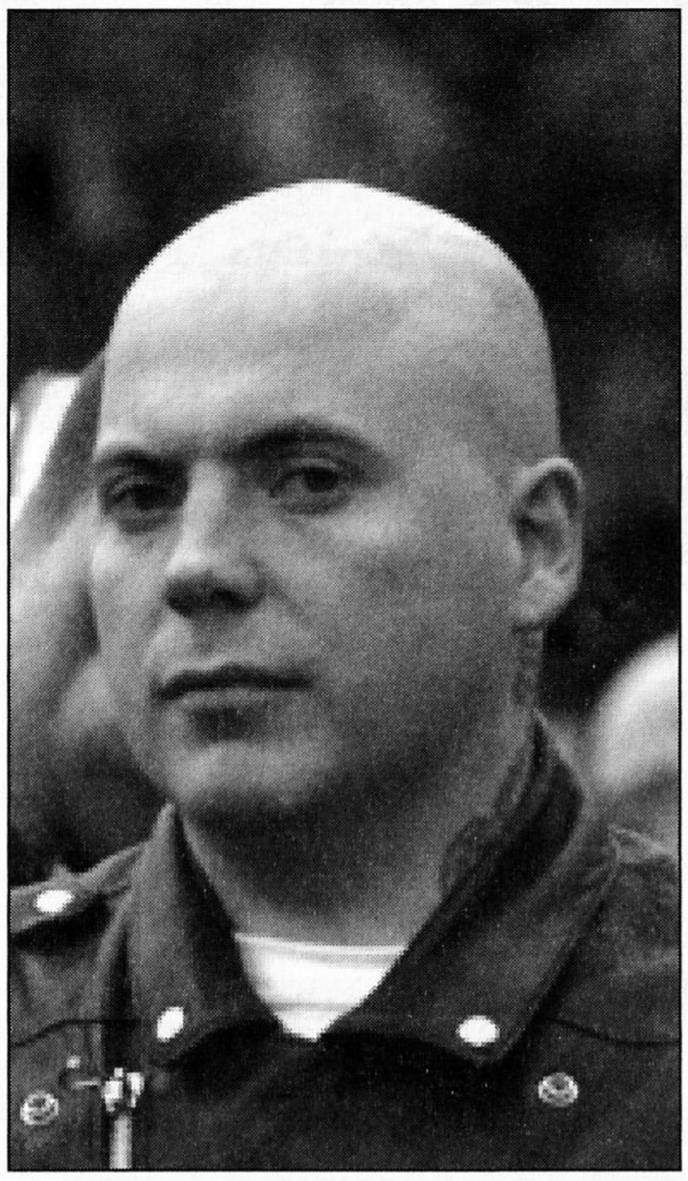
„Nazis in den Rhein !?“



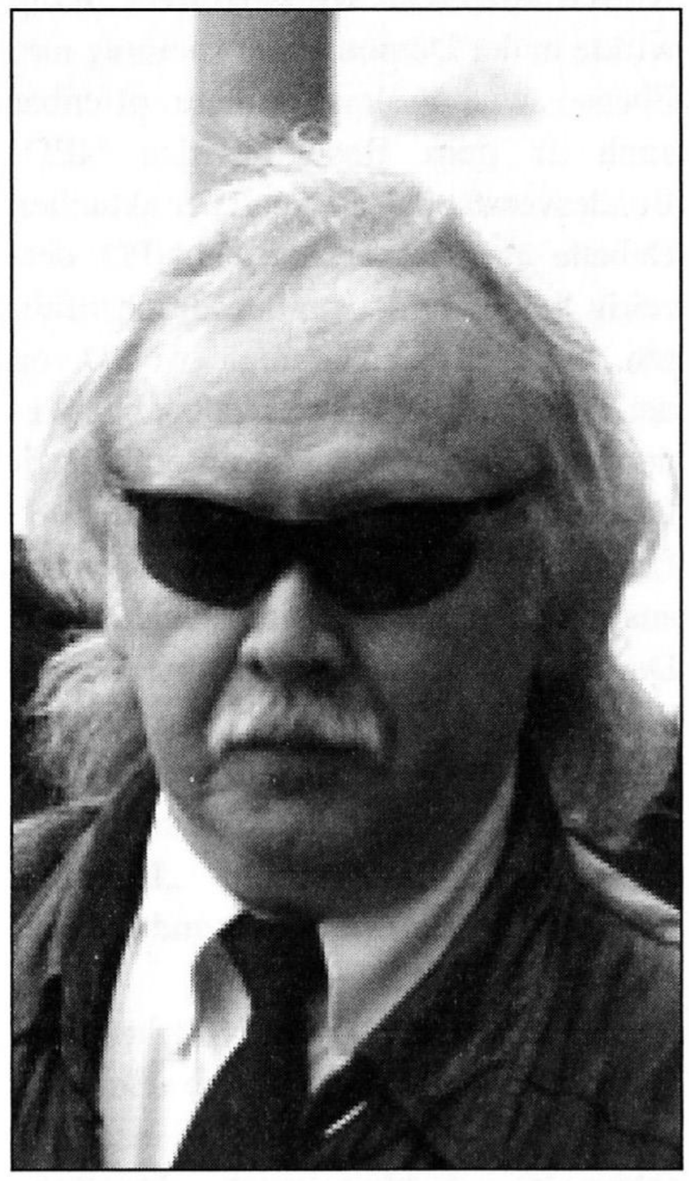
Nazis aus Bochum, darunter die Brüder Christian und Thomas Rosen mit Cola und Sonnenbrille

„Äußeres zu achten“. Besorgt um das Bild der „Deutschen Jugend“ in der Öffentlichkeit hatte sie zuvor vergeblich versucht, einem angetrunkenen Naziskin die Bierdose zu entreißen.
Wie zu erwarten war, verkauft das „Widerstandsbüro“ von Skoda den Aufmarsch via Internet dennoch als Erfolg . „Der Nationale Widerstand“ sei „ in Deutschland wieder eine politische Kraft geworden, die in jeder Stadt, in jedem Dorf stolz Flagge zeigt.“ Man habe mit 400 Teilnehmern „ein medienwirksames Zeichen gegen die Medienhetze und Verbotshysterie in der BRD“ gesetzt.
Mehr als 2.500 Menschen, darunter auch viele GewerkschafterInnen, die einem Aufruf des vom „Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf“ (ANTIFA-KOK) und den Düsseldorfer Hochschul-Asten initiierten „Bündnis gegen Rechts“ gefolgt waren, beteiligten sich an dem Versuch, den Neonaziaufmarsch zu verhindern. Nach einer Kundgebung und einer von der Polizei angegriffenen und daraufhin aufgelösten Spontandemonstration fanden sich immer wieder Menschen in größeren Gruppen zusammen und zogen gemeinsam zu den Sammelpunkten und in Richtung Demonstrationsroute der Neonazis. Im Laufe des Tages wurden 210 gegen den Neonaziaufmarsch protestierende Menschen teilweise brutal in Polizeigewahrsam genommen, darunter auch eine 12-jährige Schülerin und ein 74-jähriger Rentner und 126 „qualifizierte“ Festnahmen. Drei Personen wurden dem Haftrichter vorgeführt, gegen zwei Personen aus Wuppertal und Dessau erging Haftbefehl wegen schweren Landfriedensbruch und Körperverletzung. Ein Kurde aus Dessau wurde bereits am 31.10. in einem Schnellverfahren („beschleunigtes Hauptverfahren“) wegen versuchter schwerer Körperverletzung und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zu einer siebenmonatigen Haftstrafe verurteilt, die er sofort anzutreten hatte. Dem in U-Haft sitzenden Wuppertaler droht eine noch höhere Haftstrafe. Von Seiten der Neonazis wurden lediglich 31 Personen vorübergehend in Polizeigewahrsam genommen.

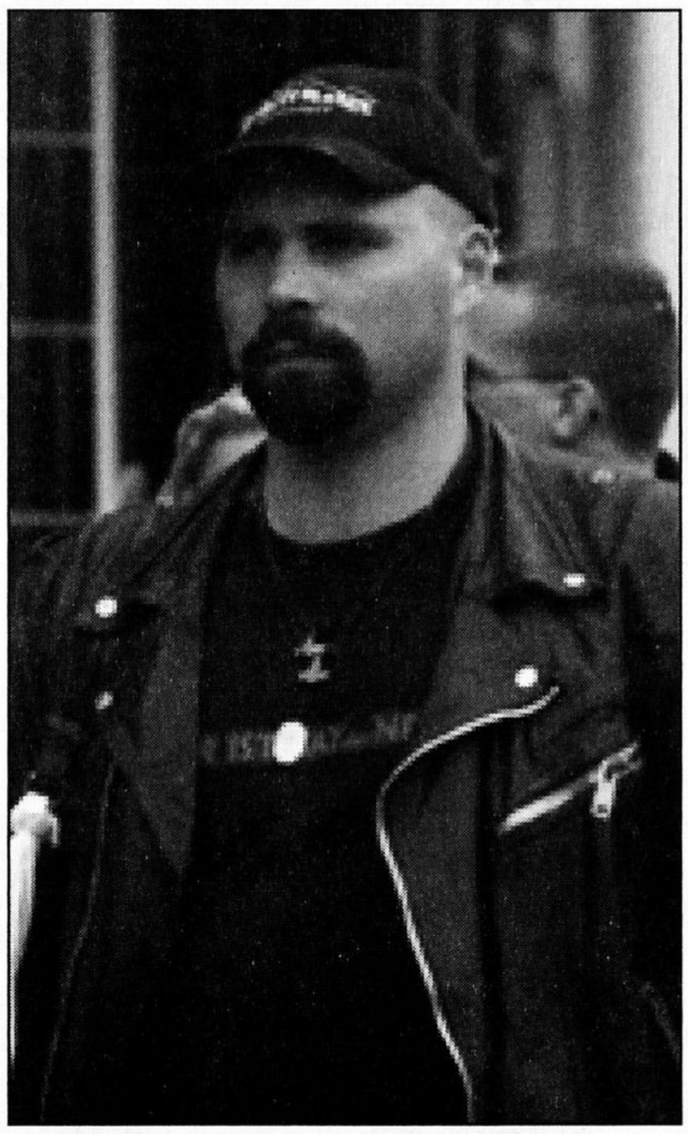
Große Beteiligung an Verhinderungsversuchen



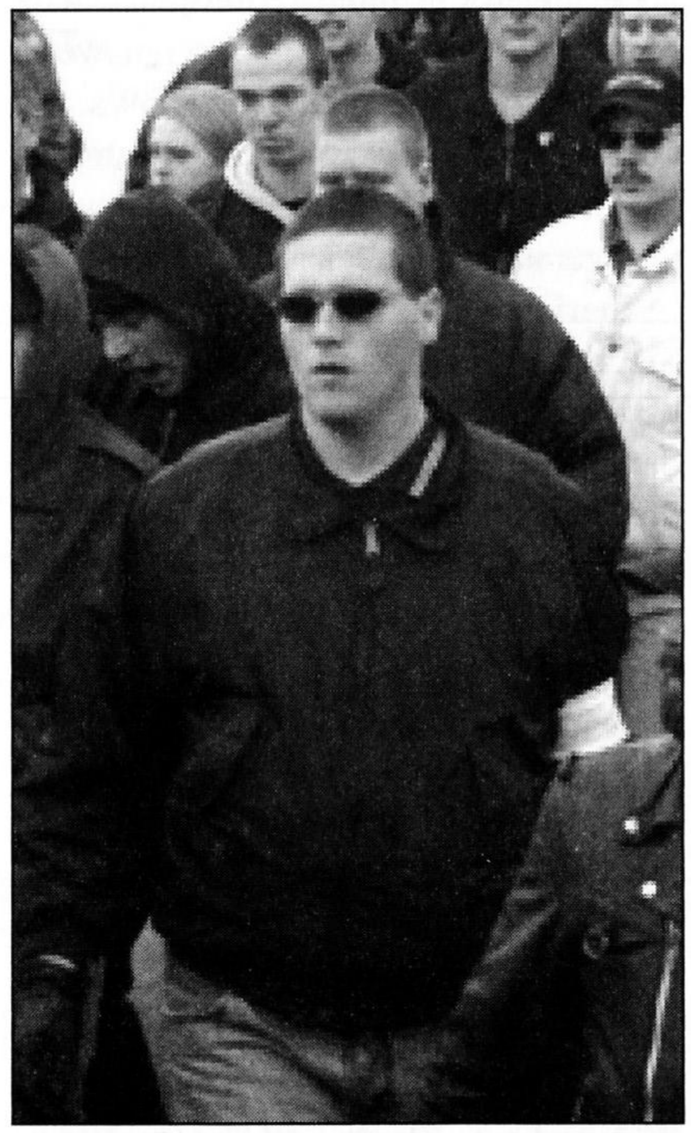
Selbsternannter Ordnerdienstleiter der „Freien” aus Hagen



Demoanmelder Reinhard Vielmal (NPD)



Ordner aus Witten



Ordner aus dem Ruhrgebiet

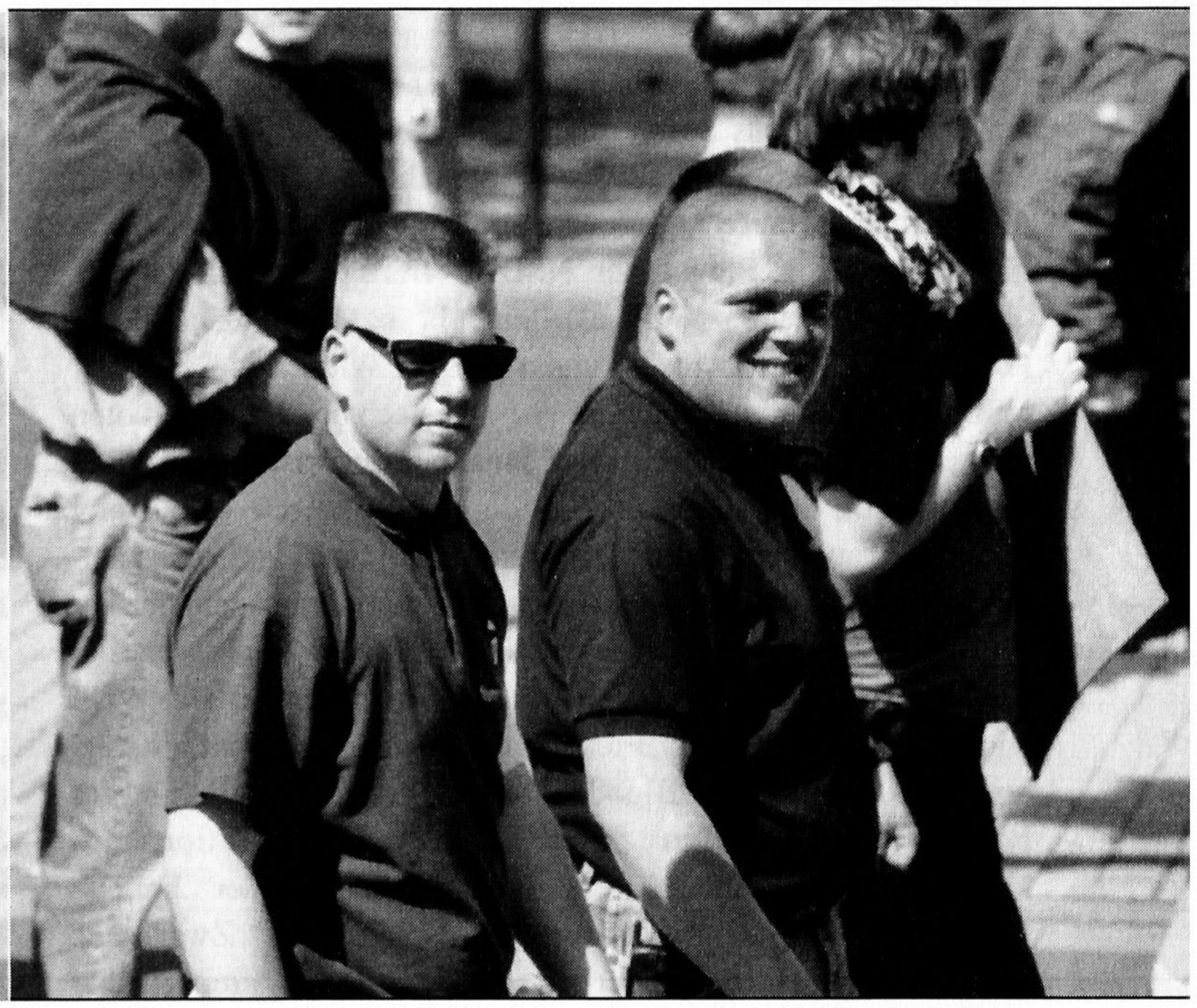
Zeitgleich zum Neonaziaufmarsch nahmen 10.000 Personen - nach Angaben des Veranstalters und der Polizei 25.000 - Menschen an einer Kundgebung eines „Bürgerbündnisses“ vor dem Düsseldorfer Rathaus teil und lauschten dem NRW-Ministerpräsidenten Wolfgang
Clement und CDU-Oberbürgermeister Joachim Erwin, der für eine „Zukunft, in der kein Platz ist für Extremismus jeder Schattierung“ plädierte. Von Seiten des „Bürgerbündnisses“ waren im Vorfeld keine Mühen und Kosten gescheut worden, um das Image der „weltoffenen und toleranten Landeshauptstadt“ wieder aufzupolieren. Auf Initiative Erwins und der Rheinbahn durften sogar all diejenigen, die hieran mitwirken wollten, ab 10.00 Uhr kostenlos Straßenbahnen und Busse nutzen. Zu spät für TeilnehmerInnen der Kundgebung des „Bündnis gegen Rechts“: Deren Auftaktveranstaltung begann bereits um 9.30 Uhr.

Der „Freie Nationale Widerstand“ in NRW

In der Berichterstattung über die Neonaziszene ist zumeist nur über die NPD/JN zu lesen. Dabei gibt es mit den sogenannten „Freien Kameradschaften“ noch eine zweite, mindestens ebenso wichtige und gefährliche Strömung der militanten Neonazisszene. Im folgenden soll ein grober Einblick in die Entwicklung dieser Strömung und in ihre Strukturen gegeben werden.

Nach einer Welle neonazistischen Terrors nach der „Wiedervereinigung“ wurden ab Ende 1992 diverse Parteien der militanten Neonaziszene in der BRD verboten. Immer häufiger war das „ausländerfreundliche Deutschland“ in die Negativschlagzeilen der ausländischen Presse geraten. Die zuvor zur Verschärfung der „Asyldebatte“ noch eiskalt genutzte, aber währenddessen nicht mehr kontrollierbare neonazistische Offensive wurde immer mehr zu einem Imageproblem. Es galt also staatlicherseits, weiteren Schaden am „Ansehen Deutschlands in der Welt“ abzuwehren und dem Ausland zu vermitteln, daß die „wehrhafte Demokratie“ in Deutschland das Problem zu meistern in der Lage sei. Angefangen mit der „Nationalistischen Front“ (NF) und der „Deutschen Alternative“ (DA), über die „Wiking Jugend“, bis hin zur „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) wurden bis Anfang 1995 die wichtigsten Parteien und Organisationen der militanten Neonaziszene verboten. Diese Entwicklung machte eine Umstrukturierung der Neonaziszene notwendig. Eine Reihe von AktivistInnen der verbotenen Parteien fanden ihre neue politische Heimat bei den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), deren Rolle nach und nach die gesamte NPD übernahm. Die NPD radikalisierte sich zunehmend, öffnete sich für das militant-neonazistische Spektrum und übernahm die Führungsrolle in der Szene.

Gemeint ist die NSDAP

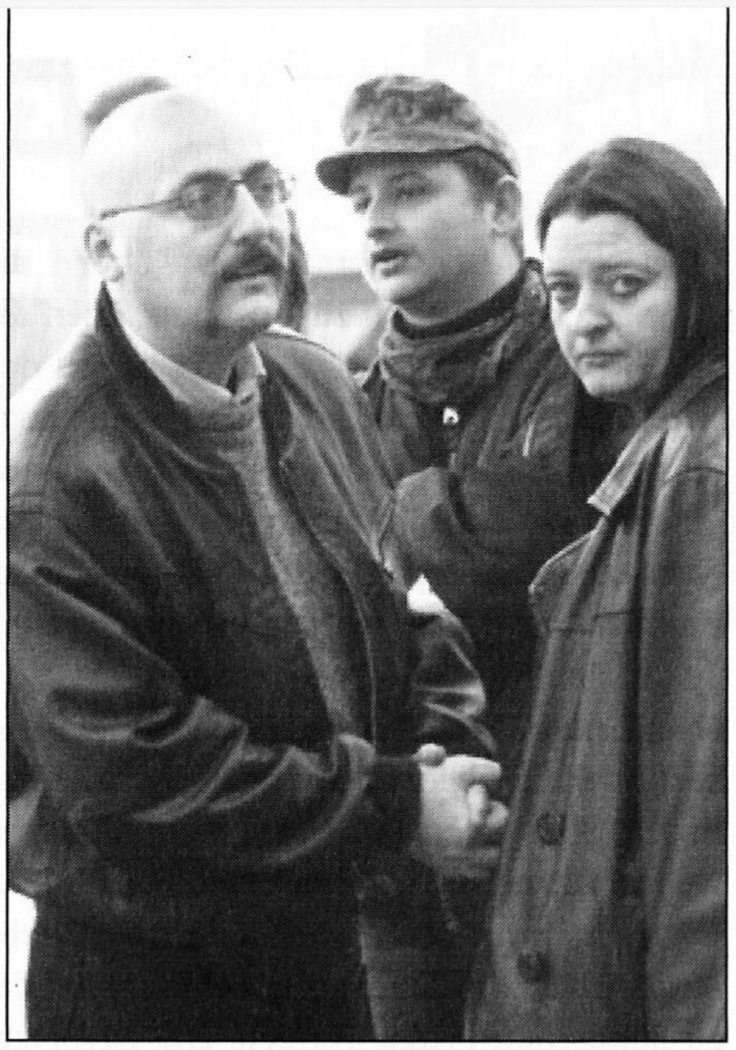


Martin Scheele und Andreas Becker

„frei - sozial - national“

Im Rahmen der beschriebenen Umstrukturierung entstand auch der heutige „„Freie Nationale Widerstand”, ein neonazistisches Netzwerk, das sich lokal und regional als “freie“ oder “autonome Kameradschaften“ bzw. “Nationalisten“ organisierte und sich nach und nach insbesondere auf der Straße und bei der Mobilisierung neonazistischer Skins als zweite Kraft neben der NPD/JN etablierte. Es handelt sich hierbei um eine Strömung, die sich in Abgrenzung zu der als zu unflexibel und zu wenig „revolutionär“ kritisierten „Pöstchenschieberpartei“ JN/NPD bildete. Als Zeichen ihrer „erbarmungslosen

Ralf Tegethoff, Kameradschaft Bonn Rhein/Sieg

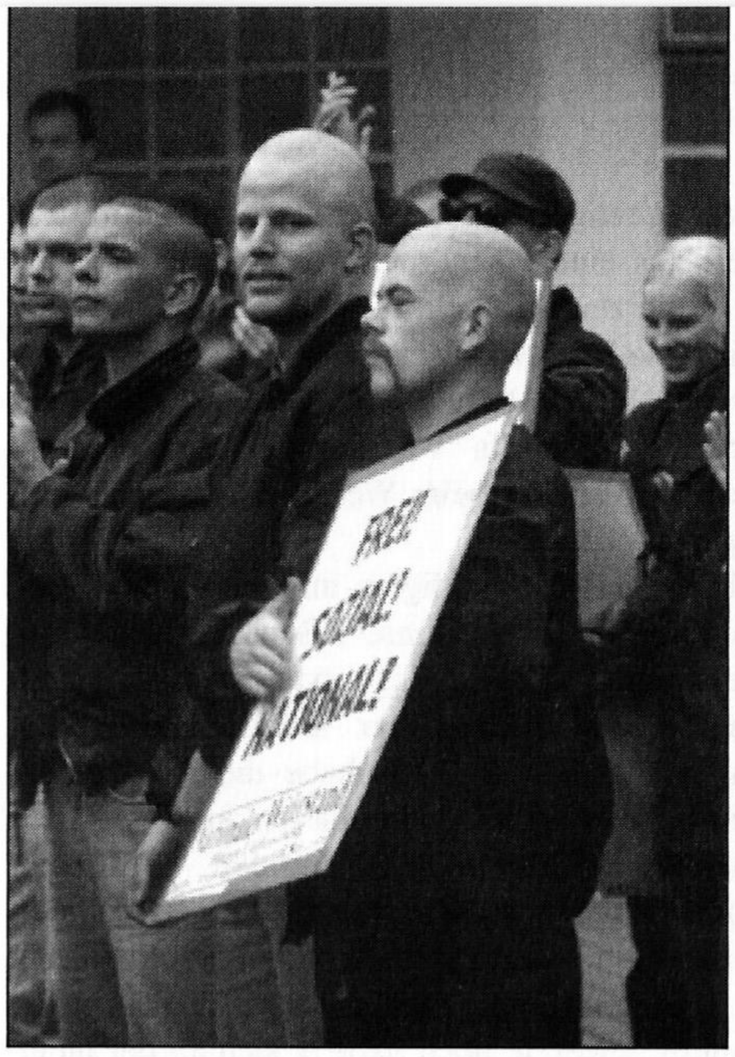


Rechts: Bernd Stehmann *Christian Malcoci (li.) Hans Robert Klug (NPD Bonn) und Ordnerin*

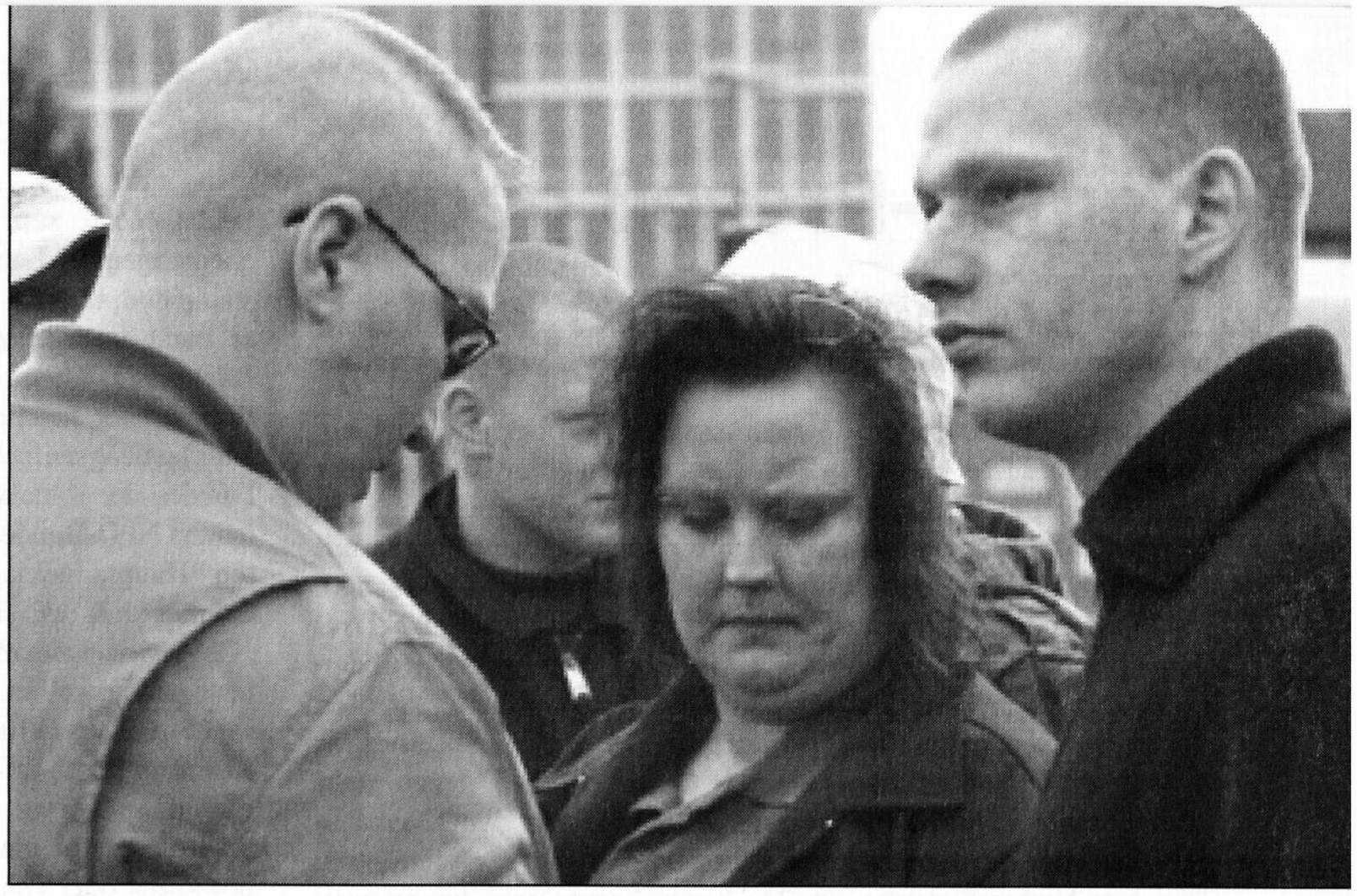
Kampfbereitschaft“ und als Ausdruck der „Not im Reich“ wählten die „Freien“ als Symbol die schwarze Fahne. Hiermit wird auf die schleswig-holsteinische bäuerliche Landvolkbewegung der zwanziger Jahre und den nationalrevolutionären, also vermeintlich linken Flügel der NSDAP Bezug genommen. Die „Freien“ verstehen sich explizit als nationalsozialistisch. Politisches Ziel ist nichts geringeres als die Wiederzulassung der NSDAP. Die „Freien“ zogen es vor, sich nach den Parteiverboten nicht mehr in einer Partei oder sonstigen juristisch erfaßbaren Organisation zu sammeln, sondern sich durch Schaffung undurchschaubarerer und flexiblerer Strukturen seitens staatlicher Repression und antifaschistischer Intervention schwieriger angreifbar zu machen. Sie versuchten, Teile der Strukturen und Arbeitsweisen der autonomen Linken nachzuahmen. Der wohl wichtigste „Führer“ der „Freien“, die eng mit der kürzlich verbotenen Organisation „Blood&Honour“ verwoben sind, ist der Hamburger **Christian Worch**, der das „Aktionsbüro Norddeutschand“ leitet. Die wichtigste Zeitschrift der „Freien“ ist das seit Januar 1998 erscheinende „Zentralorgan“. Zwar ist es in den letzten Jahren immer wieder zu heftigen Streitigkeiten zwischen JN/NPD und den „Freien“ gekommen, was aber zumeist niemanden daran gehindert hat, eng und arbeitsteilig zusammenzuarbeiten. Hierbei meldeten JN und NPD als legale Partei oftmals die Aufmärsche an und stellten ihre infrastrukturellen Möglichkeiten zur Verfügung, während der „Freie Nationale Widerstand“ für den Großteil der Mobilisierung, zunehmend auch für den Ordnerdienst sorgte. Seit Mitte 1998 sind auch hochkarätige Redner der „Freien“ auf NPD-Demonstrationen die Regel. Das Netzwerk der „Freien Kameradschaften“ gewinnt zunehmend an Bedeutung, Attraktivität und Mobilisierungsfähigkeit. Bei vielen Jungnazis gelten die „Freien“ als härter, militanter, „revolutionärer“, als konsequenter im Kampf gegen „Volksfeinde“ und „System“, und damit als attraktiver. Zunehmend gelingt es den „Freien“, aus dem Schatten der NPD/JN herauszutreten, die in letzter Zeit aus taktischen Gründen immer stärker auf Abstand gehende Parteiführung der NPD politisch anzugreifen und die Führungsrolle der NPD in der Szene in Frage zu stellen.

„Freie“ in NRW

Auch in NRW bildeten sich in den letzten Jahren nach und nach eine Reihe „Freier Kameradschaften“. Aus der Region Bonn/Rhein-Sieg kommt die „Kameradschaft Rhein-Sieg“ um **Ralf Tegethoff.** Auf der NPD-Demonstration am 6.5.2000 in Essen trat diese „Kameradschaft“ mit einem Transparent mit der Aufschrift „Sturm 8/12“ auf. Dieses bezeichnet laut SA-Handbuch von 1939 den 8. SA-Sturm im I. Sturmbann der 12. SA-Brigade. Im Raum Köln agiert die „Kameradschaft Walter Spangenberg“ um die Kölner **Paul** und **Thomas Breuer** und den Bergheimer **Axel Reitz**, der zugleich als „Gausekretär Rheinland“ des „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) fungiert, dessen Kölner „Stützpunkt“ personalidentisch mit der „Kameradschaft“ sein dürfte. Beim am 1.5.99 gegründeten KDS handelt es sich um eine bundesweite Organisation mit starker Anbindung an die NPD/JN und „Freien“, die sich auf den 1991 verstorbenen Neonazi-Führer **Michael Kühnen** bezieht und der „weltweiten Verschwörung von Politik und Kapital“ einen „auf die natinalen Erfordernisse zugeschnittenen deutschen Sozialismus entgegen“ setzen möchte. In der Region Düsseldorf ist die „Kameradschaft Düsseldorf“ um **Sven Skoda, Jörg Wagner** und **Marco Schirmer** aktiv, die auch das „Nationale Infotelefon Rheinland“, die „Stimme des Freien Nationalen Widerstands in Nordrhein-Westfalen“, betreibt. Im Ruhrgebiet sind eine ganze Reihe von „Freien Kameradschaften“ anzutreffen. Zu den gefestigsten und aktivsten zählen die NPD-nahe „Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten“ um **Carsten Köppe** (Witten), die „Kameradschaft Dortmund“ um **Siegfried Borchardt** und **Michael Krick** und die Duisburger „Kameradschaft Heinrich Bauschen“ um den KDS-„Gausekretär Ruhr“ **Michael Thie**l und den „Volksdichter“ **Peter Kuckels**. Erwähnenswert ist auch die „Freie Kameradschaft Essen/Bochum“ um **Dietmar Breyl**. Vereint treten die „Freien“ im Ruhrgebiet unter der Bezeichnung „Kameradschaft Ruhrgebiet“, „Gau Ruhr“ oder neuerdings als „Freie Nationalisten “ Nationaler Widerstand Ruhr“ (FN-NWR) in Erscheinung. Die FN-NWR verfügt währenddessen auch über eine eigene Homepage im Internet. In Hagen und im Märkischen Kreis wirkt der ebenfalls im Internet präsente ÑNationale Widerstand Hagen/Lüdenscheidì, der eng an die NPD Lüdenscheid um **Stephan Haase**, **Pierre Siegmund** und **Axel Schoppmann** angebunden ist. In Ostwestfalen sind die „Kameradschaften“ von **Bernd Stehmann**, **Meinhard Otto Elbing** (beide Bielefeld) und **Dirk Fasold** (Minden) anzutreffen, die auch zu einem wesentlichen Teil die „Blood&Honour Sektion Westfalen“ bilden. Im Sauer- und Siegerland stößt man



Der Nationale Widerstand Hagen/Lüdenscheid



Carsten Köppe, Sabine Gerken und Pascal Zinn NPD Dortmund

auf die „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF) und die „Kameradschaft 2/130“ um **Daniela Wegener**, **Andreas Becker** (beide Olsberg) und **Martin Scheele** (Siegen), die über den KDS-„Gausekretär Westfalen“ **Mirko Droszella** stark mit der KDS-Struktur verzahnt sind. über die genannten Gruppen hinaus sind in diversen weiteren Städten und Regionen Ansätze von „Kameradschaften“ zu finden, so zum Beispiel im Kreis Wesel, im Raum Aachen, im Kreis Mettmann („Siepensturm“ u.a.), im Bergischen Land („Kameradschaft Bergisch-Land“) und im nördlichen Münsterland („Kameradschaft "Teutoburger Wald").

Zu den drei wichtigsten Kadern der „Freien“ in NRW zählt neben den bereits erwähnten **Bernd Stehmann** und **Ralf Tegethoff** der 37-jährige **Christian Malcoci** aus Jüchen, der schon Mitte der achtziger Jahre in der FAP aktiv war und auch im „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH), einer Nachfolgeorganisation der verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten“ (ANS/NA) mitwirkte. Ebenfalls eine wichtige Rolle spielt seine von ihm getrennt lebende Frau **Maria-Luise („Malu“) Malcoci**, die in Heinsberg den „Thule Multimedia-Verlag“ betreibt.

Die wichtigste Zeitschrift der „Freien“ in NRW ist die von **Bernd Stehmann** herausgegebene Postille „Unsere Welt“. Darüber hinaus gibt es unregelmäßig erscheinende kleinere Blättchen wie das „Sprung auf ... marsch, marsch!!!ì“ (ehemals „Siegener Bärenruf“) von **Martin Scheele**, das SAF-Blättchen „Sauerländer Stürmer“ und der „Düsseldorfer Beobachter“ von **Sven Skoda**, die teilweise auch im Internet vertreten sind- wenn die Seiten nicht gerade auf Betreiben von AntifaschistInnen gesperrt sind.

Die „Freien“ in NRW traten gemeinsam anfangs als „Nationales Bündnis Westdeutschland im bundesweiten Bündnis Freier Nationalisten und Aktionsgruppen“ in Erscheinung, das in Duisburg als Sammelanschrift ein Postfach betrieb. Seit ca. zwei Jahren hat sich als Bezeichnung für die NRW-Struktur der „Freien“ immer stärker„Widerstand West“ durchgesetzt. „Widerstand West“ ist heute mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten, die von **Gerhard ("Gary") Lauck** in den USA angemeldet wurde. Lauck ist seit 1973 Redakteur und Verleger des "NS-Kampfruf", Organ der NSDAP/AO (NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation) mit Sitz in Lincoln (Nebraska, USA). 1995 wurde er in Dänemark verhaftet, in die BRD ausgeliefert und dort u.a. wegen Volksverhetzung zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Währenddessen ist er wieder auf freiem Fuß. Die von den USA aus agierende und in Deutschland verbotene NSDAP/AO versteht sich als "politische Frontorganisation des Nationalsozialismus und bildet dessen illegalen Arm. Die NSDAP/AO ist in Deutschland verboten und arbeitet deshalb im Untergrund propagandistisch gegen das NS-Verbot und für die Neugründung der NSDAP".

Ungefähr halbjährlich führen die „Freien“ NRW-weite Koordinationstreffen und zusätzlich anlaßbezogene Saalveranstaltungen durch, die in den letzten Jahren u.a. in Düsseldorf, Minden (OWL), Duisburg, Hirschberg/Warstein (HSK), Willingen (Nordhessen), Freienohl (HSK) und den Niederlanden unter Beteiligung von bis zu 100 Personen aus NRW und den Niederlanden stattfanden. Zu den niederländischen „Kameraden“ um **Constant Kusters** von der militant-neonazistischen „Nederlandse Volks-Unie“ (NVU) gibt es gute und regelmäßige Kontakte. „Freie Kameraden“ aus NRW sind heute auf jeder Neonazi-Demo im gesamten Bundesgebiet und in den Niederlanden anzutreffen. Starken Zulauf haben sie insbesondere im Ruhrgebiet. Neben vielfältigen lokalen Aktivitäten sind regelmäßige gemeinsame Aktionen anläßlich des Todestages des am 17.8.1987 verstorbenen Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess und des Todestages der am 22.11.97 bei einem Autounfall verstorbenen Sauerländer Neonazi-Kader **Thomas Kubiak**, **Andre Zimmermann** und **Harald T. Mehr** zu beobachten. Weitere regelmäßige Aktivitäten finden am Geburtstag des am 20.4.1889 geborenen „Führers“ Adolf Hitler, am Jahrestag des „Marsches auf die Feldherrenhalle“ am 9.11.1923 sowie am Volkstrauertag („Heldengedenktag“) am vorletzten Sonntag vor dem 1. Advent statt.

Demos in Dortmund und Düsseldorf

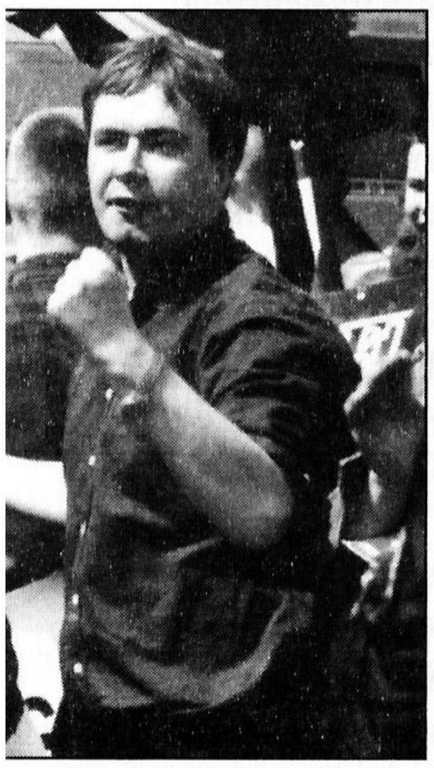
Die 500-köpfige Demonstration der „Freien“ "gegen die verleumderische Berichterstattung und Hysterie der Medien gegen rechts" am 21.10. in Dortmund hat gezeigt, daß diese auch ohne Unterstützung der NPD aktionsfähig sind. Versucht wird derzeitig, auch in NRW aus dem Schatten der NPD herauszutreten und deren Führungsrolle in der Szene in Frage zu stellen. Aufgrund der monatelangen Aktionspause der NPD haben die „Freien“ ihre Chance erkannt, sich auch in NRW durch eigene Aktionen zu profilieren. Weitere Demonstrationen sind am 9.12. in Köln und am 16.12. in Dortmund geplant.

Der Artikel ist eine am 26.11.2000 aktualisierte Version eines Beitrags von Pierre Briegert, erschienen in der Ausgabe 11/2000 der Düsseldorfer Stattzeitung Terz.

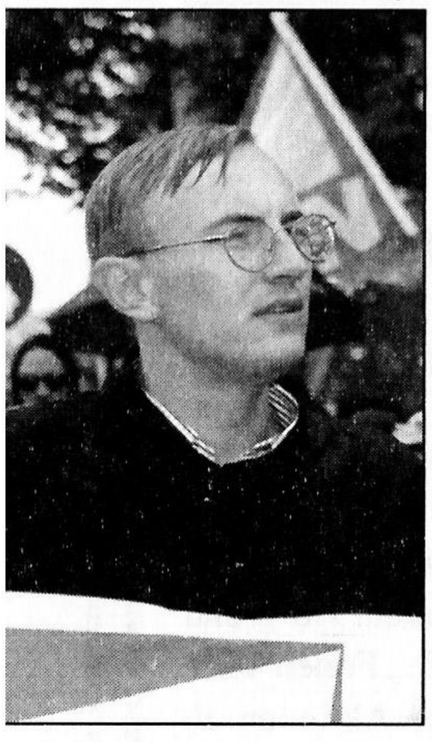
Kemna-Prozeß gegen NPD`ler in Wuppertal

Wuppertal, 9.7.2000: Ca. 15 Neonazis aus Wuppertal, Schwelm, Duisburg und Moers greifen TeilnehmerInnen einer Kundgebung der VVN am Mahnmal der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Kemna, darunter auch ZeitzeugInnen, mit Steinen, Knüppeln und Reizgas an und verletzen zwei Personen. 13 Tatbeteiligte konnten bislang ermittelt werden. Drei Jugendliche und Heranwachsende aus Wuppertal wurden zwischenzeitlich bereits zu siebenmonatigen Bewährungsstrafen verurteilt, zwei weitere aus Duisburg und Moers den zuständigen örtlichen Jugendgerichten überstellt. Der Prozeß gegen acht erwachsende Tatbeteiligte begann am 23.11. vor der 1. großen Strafkammer des Landgerichts Wuppertal.

Der erste Verhandlungstag am 23.11. war bereits nach knapp zwei Stunden beendet, da den Verteidigern nicht alle Ermittlungsakten zugegangen waren. Am zweiten Prozeßtag war bereits nach zehn Minuten Schluß, da der angeklagte NPD-Kommunalwahlkandidat im Ennepe-Ruhr-Kreis Norbert Wölk (24) aus Wuppertal aufgrund einer eitrigen Kieferentzündung seine Verhandlungsunfähigkeit erklärt hatte. Und fast wäre auch der dritte Prozeßtag zu Ende gegangen, bevor er richtig begonnen hatte. Doch nachdem Wölk erneut seine Verhandlungsunfähigkeit erklärt hatte, schickte Keiluweit den Angeklagten zurück in die Zelle und setzte die Verhandlung ohne ihn fort. Wölks Anwalt, der in Burscheid lebende und in Leverkusen praktizierende ehemalige REP- und DLVH-Funktionsträger Markus Beisicht, der auch heute noch in der extremen Rechten aktiv ist, wird seinen Mandanten jetzt in einem abgetrennten Verfahren verteidigen müssen.



„Hat Angst bekommen: Nico Wedding“



Steht voll im Regen: Thorsten Crämer

Man sei davon ausgegangen, so die fünf aussagewilligen Angeklagten übereinstimmend, daß sich in der Kemna Autonome treffen würden, um von dort aus zu einem „antifaschistischen Stadtrundgang“ zu den Wohnhäusern „national denkender Menschen“ aufzubrechen. Dem habe man vorbeugen wollen. Die Angeklagten Frank Ronny Plexnies (21), der Wuppertaler NPD-Ortsvorsitzende Maik Hilgert (25) und der Wuppertaler NPD-Ortsvorstandsbeisitzende Andreas Stahlschmidt (27) gaben an, die Linken „nur“ erschrecken und verjagen zu wollen. Als einziger aller Angeklagten gestand Plexnies ein, ganz vorne mit dabei gewesen und „unbeabsichtigt“ in die direkte Konfrontation mit Teilnehmern der Kundgebung „hineingeraten“ zu sein, da diese wider Erwarten nicht geflohen seien. Er habe beim Ausweichen „versehentlich“ einen Mann mit dem Schlagstock am Kopf getroffen und sei danach zu Boden gegangen, da er von einem Stein aus den eigenen Reihen am Hinterkopf getroffen wurde. Alle anderen sagten aus, sie hätten sich im hinteren Teil der verstreuten Gruppe befunden und seien nicht an der Auseinandersetzung beteiligt gewesen. Der stellvertretende JN-Landesvorsitzende Nico Wedding (24) aus Duisburg gab an, er sei in Begleitung vier weiterer ihm angeblich nicht namentlich bekannter „Kameraden“ aus Duisburg auf Bitte des Schwelmer JN-Landesvorsitzenden Thorsten Crämer (25) nach Wuppertal gefahren, um beim Schutz der Wohnstätten „bedrohter Kameraden“ behilflich zu sein. Er sei völlig verwundert gewesen, als es zu der „Auseinandersetzung“ kam, habe hieran auch nicht mitgewirkt, Angst bekommen und sich zurückgezogen. Die sichtbar mitgeführten Schlagstöcke, zum Teil aus einem Einbruch vom Vorabend beim ehemaligen JN-Landesvorsitzenden Andreas Weber aus Wuppertal stammend, und die teilweise bereits aufgesetzten Sturmhauben will er nicht wahrgenommen haben. Pech jedoch für ihn, daß Jens Bachmann (17), einer der bereits verurteilten tatbeteiligten Wuppertaler Jugendlichen, Wedding beim Werfen von Steinen auf Kundgebungsteilnehmer gesehen hatte.

Für den der Rädelsführerschaft beschuldigten und vom stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Hans Günter Eisenecker verteidigten Hauptangeklagten und NPD-Landesvorstandsbeisitzenden Crämer hat es sich bei der Aktion gar lediglich um eine „Observierungsmaßnahme“ gehandelt. Man habe die Autonomen beobachten wollen, um Schutzmaßnahmen einleiten zu können. Er sei vom Recklinghäuser NPD-Kreisvorsitzenden Wolfgang Kevering falsch informiert worden und davon ausgegangen, daß der für den Vortag öffentlich angekündigte „antifaschistische Stadtrundgang“ am 9.7. in der Kemna starten sollte. Er sei weder bewaffnet oder vermummt gewesen, noch habe er sich an der nicht geplanten „Auseinandersetzung“ beteiligt und Einsatzbefehle gegeben. Warum das ganze „aus dem Ruder gelaufen“ sei, könne er sich auch nicht erklären, da er den Überblick verloren habe. Andere Tatbeteiligte benannten Crämer jedoch als denjenigen, der die Aktion geleitet, die Beteiligten eingewiesen und auch den Befehl zum Angriff gegeben hätte. Er sei sogar mit einem Baseballschläger bewaffnet gewesen.

Der Angeklagte Axel Boris Hausweiler (26) ließ von seinem Anwalt eine Erklärung verlesen, in dem er seinen Ausstieg aus der Szene erklärte. Er habe bereits Kontakt zur Aussteigerberatungsstelle EXIT aufgenommen. Er habe sich auf dem Fußweg zur Kemna unbemerkt abgesetzt, da ihm Bedenken gekommen seien. Die Leitung vor Ort hätten der „Gauleiter“ und „Organisationsleiter“ Crämer und sein

„Die Angeklagten Andreas Stahlschmidt (li.), Maik Hilgert (2.v.li.) und Norbert Wölk (2.v.r.) beim Schutz eines NPD-Infostands am 13.5.2000 in Schwelm

„Adlatus“ und „Sturmkommandoführer“ Wölk gehabt, der in der NPD für „gewalttätige Aktionen“ zuständig sei. Letzter hätte ihm auch bereits angekündigt, vor ein Auto gestoßen zu werden, wenn er belastende Aussagen machen würde.

Völlig unklar bis kurz vor Ende des 3. Prozeßtags blieb die Rolle des die Aussage verweigernden Angeklagten Thomas Haarhaus, der mit Crämer eng befreundet ist. Crämer hatte ihn mit der Aussage entlastet, Haarhaus habe sich beim Hinweg zur Kemna den Fuß verstaucht und sei zum Auto zurückgeschickt worden. Benjamin Stuhrmann (18), einer der heranwachsenden Mittäter, hatte jedoch gesehen, wie „Crämers Fahrer, der Junge von den REPs“ am Mahnmal brutal mit einem Knüppel auf einen Kundgebungsteilnehmer eingeschlagen hatte. Die Zeugenaussage des dritten bereits verurteilten heranwachsenden Wuppertaler Tatbeteiligten Patrick Engels („Psycho“) sowie von Opfern des Angriffs und einigen Polizeibeamten steht noch aus.

Dieser Beitrag basiert auf mehrere Artikel von Ralf Krehle in der Tageszeitung „Junge Welt“

Die andere Seite des Punks

Obwohl es inzwischen zahlreiche politische Bewertungen und Analysen zum Thema 'RechtsRock' gibt, beschäftigen sich diese doch überwiegend mit dessen Vernetzung und Infrastruktur. Die Entwicklung zu einem eigenen Kulturverständnis, jenseits eines blossen Musikstils, wird dabei aber lediglich gestreift oder nur unzureichend benannt. Letztendlich werden unter dem mittlerweile geläufigen Begriff 'RechtsRock' unterschiedlichste Spielarten der Rockmusik zusammengefaßt, wie z. B. Skinhead-Musik, Punk, Hardcore oder Heavy Metal, wenn sie rechte Inhalte verschiedenster Coleur aufweisen. Allerdings tuschiert der Oberbegriff 'RechtsRock' die verschiedenen Stilarten und macht aus ihnen eins, nämlich Neonazi-Musik. Selbst das ansonsten sehr empfehlenswerte antifaschistische Buchprojekt **'WHITE NOISE'** nimmt keine Unterscheidung vor und kennt nur die Musik neonazistischer Skinheads.

Wichtig ist der Inhalt

Wichtig ist es zu beachten, daß 'RechtsRock' durchaus nicht immer nur von rechten Skinheads stammt und dass er mittlerweile in vielen Musikstilen mehr als nur leise rechte Töne gibt. 'RechtsRock' sollte deswegen als ein Sammelbegriff für verschiedene Musikstile verwandt werden, deren verbindendes Element rassistische, nationalistische, antisemitische und neonazistische Texte sind. Der Begriff 'RechtsRock' ist also keine bestimmte musikalische Stilrichtung, sondern lediglich eine Klassifizierung für den politisch rechten Inhalt der Lieder. Abgesehen von der nur unzureichenden Begrifflichkeit in der öffentlichen und auch antifaschistischen Debatte wird bei der Thematik 'RechtsRock' oftmals die Entwicklung eines rechten Lifestyle unterschätzt. Obwohl der allgemeine gesellschaftliche Rechtsruck seit Mitte der 80er Jahre oftmals noch zur Analyse und als Erklärungsmuster für die zunehmende Verbreitung rechter bis neonazistischer Inhalte mit herangezogen wird, unterbleibt es jedoch, die genaue Tragweite dessen zu analysieren. Spätestens seit der ‚Wiedervereinigung' sind die Ausmasse durch die täglichen Übergriffe und Pogrome auf MigrantInnen, AusländerInnen, Obdachlose, Linke, Schwule und Lesben, JüdInnen oder wer sonst noch vom toitonischem Mob als 'unwertes Leben' erachtet wird ersichtlich. All das verschafft sich Ausdruck im 'RechtsRock', der mit seinen rechtskonservativen bis offen neonazistischen Weltbild Feindbilder als auch Wertvorstellungen transportiert und überwiegend bei Jugendlichen und Jung-Erwachsenen Gehör findet.

Musik als beste Möglichkeit rechter Propaganda

Die Musik bietet Rechten die Chance der gezielten Agitation, besser als dies in klassischen politischen Veranstaltungen gemacht werden könnte. Ihnen ist es so möglich, eine wertvolle Vorfeldarbeit zur Rekrutierung von Nachwuchs für die extrem rechten Gruppierungen zu betreiben. Möglich ist dies vor allem dadurch, daß der 'RechtsRock' versucht, sich das Image einer sich auflehnenden, rebellierenden Musikform zu verpassen. Der vermeintliche Protest, der in den Liedern formuliert wird und sich provozierend und tabubrechend vom gesellschaftlichem Mainstream abheben soll, beschränkt sich darauf, „für Deutschland zu sein" und „mal deutlich zu sagen, daß Ausländer raus müssen". Also eigentlich Inhalte, wie sie an beinahe jedem Stammtisch in Deutschland allsonntäglich proklamiert werden.

Für die organisierten Neonazi-Kader kommt hinzu, daß sie sich mit der Musik nun auch als Existenzgründer betätigen können, sich also gutbürgerlich, jenseits jeglichem rebellenhaften Gehabe, einrichten. Denn 'RechtsRock' ist seit Jahren ein lukrativer Markt, auf dem Millionen umgesetzt werden und an dem so mancher gerne mitverdienen möchte.

‚RechtsRock' – Von der Entwicklung aus dem Punk und Oi-Punk

Mit der Entwicklung des 'RechtsRock' in all seinen Facetten und mit den neonazistischen Skinheads als dessen federführenden Protagonisten ging mehr und mehr die Unterscheidung von dem verloren, wer oder was Skinhead

Dieses Verständnis von 'Unity - Zusammenhalt' hat letztendlich dazu geführt, daß der *Rabauken*- Sänger und Gitarrist Bernd Zippel auch bei der OI-Punk-Band *Verlorene Jungs* als Drummer mitspielen kann. Diese veröffentlichte bislang zwei Platten bei *Scumfuck*, aus dessen Umfeld auch ein Mitglied der Band stammt. Als fatales Beispiel von mißverstandener Toleranz und Duldung von Rechten kann Zippels Mitgliedschaft in dieser Band gelten. Schlagzeilenträchtige Aufmerksamkeit wurde dieser Band im September 1999 durch deren Teilnahme am Moerser Festival 'Mach's Maul auf gegen Gewalt, Faschismus und Intoeranz' zu Teil. Bei dem Festival kam es zu gezielten Übergriffen von Neonazis, bei denen einige Menschen verletzt wurden. In einer Erklärung der Verlorenen Jungs heißt es zu den Vorfällen kurz und knapp: „Denn das was wir erleben mußten war weder ein 'Naziüberfall' noch sonst irgendeine geplante Situation." Im linken Punk-Fanzine Plastic Bomb Nr. 29 / Winter 1999-2000 hingegen wird die Situation wie folgt beschrieben: „Krampfhaft wird verschwiegen, warum es auf dem Konzert zu Ausschreitungen kam: Weil diejenigen, die die Verlorenen Jungs nicht ausgrenzen wollen, mit 'Zecken zu den Juden, ab ins KZ' und 'Sieg Heil' – Rufen lieber Punks und korrekte Skins verprügelten." Die Verlorene Jungs reagierten auf solche Vorwürfe nur mit dem lapidaren Ausspruch: „Klar haben wir Rechte angelockt, - klar haben wir Linke angelockt- wo ist das Problem?"
Solche unverhohlenen Angebote an Rechte sowie deren Akzeptanz auf antifaschistischen Festivals oder anderen, eigentlich linken Konzerte und Räumlichkeiten holt sie aus ihrer Isolierung heraus, verschafft ihnen Zugang zu öffentlichen Räumen und sorgt für die Normalisierung rechten Gedankenguts nach dem Motto: „Du hast deine Meinung, ich habe meine. Komm laß uns saufen". Eine derartige Entpolitisierung bleibt nicht ohne Folgen und ist mittlerweile schon alltäglich spürbar!

Ingo Taler

Über Möglichkeiten und Grenzen sozialpädagogischer Intervention im Prozeß der Rebarbarisierung deutschen Alltags

Glatzenpflege auf Staatskosten?!

Von Andreas Buderus

In der Diskussion um den Ansatz der akzeptierenden Sozialarbeit mit rechten Cliquen verschwimmen die Grenzen zwischen sich radikal links gerierender Kritik und reaktionärer Werteverteidigung Erscheinungen, der die herrschenden Verhältnisse aber als übermächtig und deshalb nicht veränderbar hyperstatisiert.
Weil Rechtsextremismus Jugendlicher wesentlich durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Prozeßder Rebarbarisierung deutscher Politik nach der Einverleibung der DDR in den BRD-Normalzustand verursacht sei, könne es keine pädagogische Arbeit mit solchen Jugendlichen geben. Diese ändere schließlich nichts an jenen Bedingungen und entlarve sich insofern selbst als "Herumdoktern an den Ziehkindern der Kohl-Ära". Der Akzeptierende Ansatz sei zwangsläufig dazu prädestiniert, rechtsextreme Jugendliche erst heranzuziehen, da durch ihn gerade Räume zur Ausbreitung des braunen Sumpfes geschaffen würden.

> **"Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung... Es war die Barbarei gegen die alle Erziehung geht... Barbarei besteht fort, solange die Bedingungen, die jenen Rückfall zeitigten, wesentlich fortdauern. Das ist das ganze Grauen."**
>
> **(Th.W. Adorno; Erziehung nach Auschwitz)**

An dieser Stelle treffen sich die Argumente mit denen von Schäuble, Kanther und anderen Reaktionären. Die verkaufen nicht erst seit den 30-Jahr-Feiern der 68er die Ursachen für zunehmende Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus bei Jugendlichen im "allgemeinen Werteverfall", dem Fehlen "echten Patriotismusses" insbesondere aber im "Versagen der Pädagogik". Diese habe jene Defizite erst verursacht. Beide Argumentationslinien folgen dem beliebten, weil einfachen und entlastenden Prinzip des "Haltet den Dieb!".
Aber genauso wenig, wie es das Kulturrevolutiönchen von 68 mit seinen kläglichen antiautoritären Einbrüchen in die herrschenden Verhältnisse war, die Rassismus, Chauvinismus und rechten Extremismus in Deutschland hoffähig machten, sowenig sind es in der Fläche die sozialpädagogischen Projekte nach akzeptierenden Ansatz, in denen die braune Brut erst flügge wird.
Das grundlegende Mißverständnis der "linken" Kritik besteht in der Nichtkenntnisnahme des konstitutiven Prinzips des Akzeptierenden Ansatzes: "Akzeptieren" (lat.: acceptare / annehmen) bedeutet nicht: "Einverstanden" zu sein (lat.: consentire). Die Jugendlichen in ihren Gesellungs- und Ausdrucksformen zu akzeptieren, d.h. als "ganze Menschen" anzunehmen, heißt gerade nicht, mit allen Facetten ihrer Lebenswelt und deren Gestaltung einverstanden zu sein, diese zu tollerieren oder gar zu unterstützen.
Akzeptierende soziale Arbeit mit rechten Cliquen hat dezidiert auch die Aufgabe, destruktive, rassistische und gewaltvolle Tendenzen zu kritisieren, ihnen entgegenzuwirken.
Die Basis auf der die SozialarbeiterInnen den Balanceakt zwischen Akzeptanz der Persönlichkei-

ten und pädagogischer Zielsetzung vollführen, sind stabile pädagogische Beziehungen. Diese erst sind die Voraussetzung dafür, sich in auftretenden Konfliktsituationen einschalten zu können, ein Interventionsberechtigung und möglichkeit jenseits des staatlichen Repressionsapparates zu haben.
Damit dieser "Ritt auf der Rasierklinge" erfolgreich funktionieren kann sind jedoch gut ausgebildete und gefestigte Persönlichkeiten als StreetworkerInnen einzusetzen, die überdies eine klare Vorstellung darüber haben, dass sie auch und gerade auf einer politischen Ebene arbeiten – denn das gehört auch zum akzeptieren der gesamten Persönlichkeit! Die KollegInnen, die selbst kaum eine Ahnung vom Faschismus in historischer und aktuell gesellschaftspolitischer Dimension haben und sich darüber hinaus für Politik nicht interessieren, betreiben sehenden Auges Glatzenpflege auf Staatskosten. Ebenso die Träger solcher Maßnahmen und die politisch Verantwortlichen. Ersteren geht es nur all zu oft um die Aquise, für sie überlebenswichtiger neuer Projekte; letzteren im Großteil der Fälle lediglich um "Ruhigstellung" infolge aktueller Ereignisse, die eine schlechte "Presse" verursachen. Und so folgt die politische und finanziell logistische Struktur der meisten sog. "akzeptierenden Projekte" der Überzeugung, diese Arbeit könne "erst einmal" befristet auf ein halbes Jahr von einer/einem EinzelkämpferIn, Langzeitarbeitslosen oder BerufseinsteigerInnen zu entsprechend bescheidener Entgeltung "erledigt" werden... – sich vom (sozial)pädagogischen Standpunkt aus betrachtet selbst entlarvender Schwachsinn; nichts desto trotz vielfache Wirklichkeit solcher Projekte in Deutschland seit über zehn Jahren!! Eng verbunden mit dem Ansatz der akzeptierenden Sozialarbeit mit rechten Cliquen ist auch das Prinzip Kaderausschluß: Die für den Erfolg akzeptierender Arbeit erforderliche pädgogische Spannung zwischen den Jugendlichen und den SoazialpädagogInnen kann nur dann entstehen, wenn sichergestellt ist, daß der Sozialraum nicht Agitationsraum für rechtsextreme Kader wird. Einrichtungen, deren MitarbeiterInnen dieses Prinzip nicht nur nicht einhalten sondern gar behaupten, daß gerade der Kontakt mit den Kadern wichtig für das Erreichen der Jüngeren, noch nicht Gefestigten in der Clique sei , sollten schleunigst geschlossen werden. (Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit, teilweise noch aktuell: Tostedt, Saalfeld, Nottulln, Neviges)
Sozialpädagogik ist kein Politikersatz. Sie ist in ihrer Orientierung auf und Einbettung in soziale Prozesse nichtsdestotrotz immer auch politisch. Sie hat sich qua Auftrag mit problematischen Entwicklungen bei Jugendlichen und deren Erwachsenwerden zu beschäftigen. Unbestritten ist, auch und gerade in der Linken, daß mit jugendlichen DrogengenbenutzerInnen, sich prostituierenden und Eingeknasteten gearbeitet wird. Warum nicht mit rechten Jugendlichen?! Nur, weil sie das Gegenteil der eigenen "fortschrittlichen" gesellschaftlichen Utopie zu verkörpern scheinen?! Die gesellschaftlichen Räume für den sich ausbreitenden braunen Mainstream eng zu machen, ist eine politische Notwendigkeit, die in allen Lebensbereichen heute mehr denn je erfolgen muß – auch durch konsequente Antifa-Arbeit.
Diese kann nicht sozialpädagogisch geleistet werden.

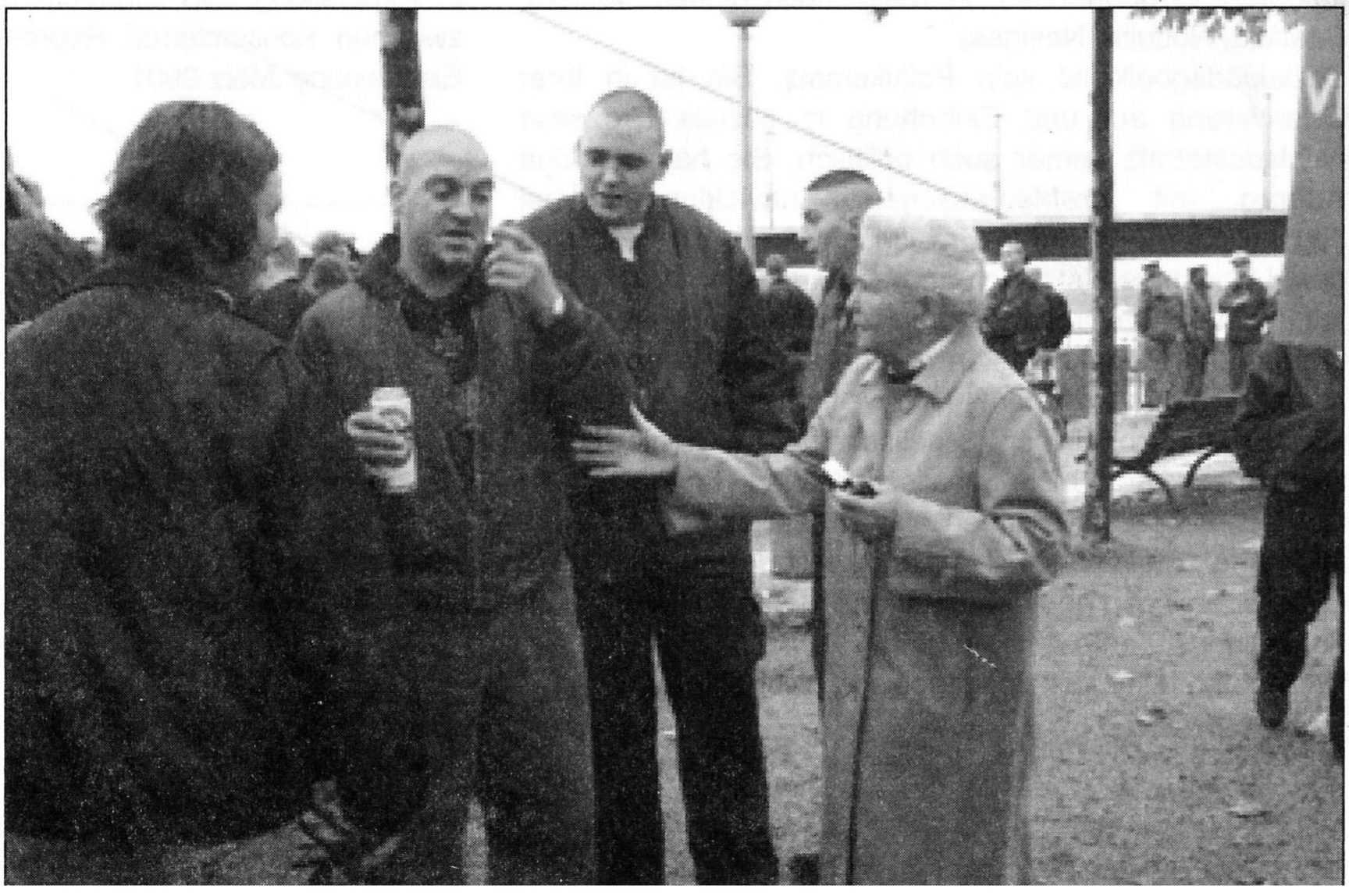
Projekte wie VAJA (Verein für Akzeptierende Jugendarbeit) und Lidice-Haus in Bremen zeigen jedoch, daß über das Instrument des Akzeptierenden Ansatzes labile und noch nicht ideologisch gefestigte Jugendliche erreicht und in ihrer politischen Sozialisation beeinflußbar sind; hin zu gesellschaftsverträglicheren und vor allem für die Mitmenschen nicht bedrohlichen Formen von Lebensgestaltung.
Wenn, wie in Bremen, die finanzielle Ausweitung und Absicherung der Projekte nach Akzeptierendem Ansatz aber auf Kosten anderer – insbesondere interkultureller Angebote der Jugendhilfe geschehen, dann ist das der Beweis für eine falsche Politik, die es zu skandalisieren und zu ändern gilt;
nicht für das Scheitern des Akzeptierenden Ansatzes.
Wenn ein Großteil der SozialpädagogInnen unter dem Druck staatlicher Kürzungsmaßnahmen im Jugendhilfebereich weiterhin eifersüchtig nur auf die finanzielle Ausstattung des "eigenen" Projekts stiert, kein gesellschaftspolitisches Verständnis der eigenen Arbeit hat und sich deshalb nicht einmischt, dann ist das der Beweis für die Blindheit eines Berufsstandes, der zugunsten vorgeblicher Sicherheiten seine Freiheit aufgibt und am Ende beide verlieren wird; nicht für das Scheitern einer pädagogischen Option.
Wenn überdies eine kleine, hochmotivierte radikale Minderheit angesichts der Rebarbarisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse lieber weiter an seit Jahren gepflegten und einfachen, weil personifizierbaren Feindbildern festhält, dann ist das der Beweis für die Frustration deklassierter kleinbürgerlicher Intelligenz; nicht für das Scheitern einer humanistischen und antifaschistischen gesellschaftlichen Utopie, für die es sich nach wie vor zu kämpfen lohnt.

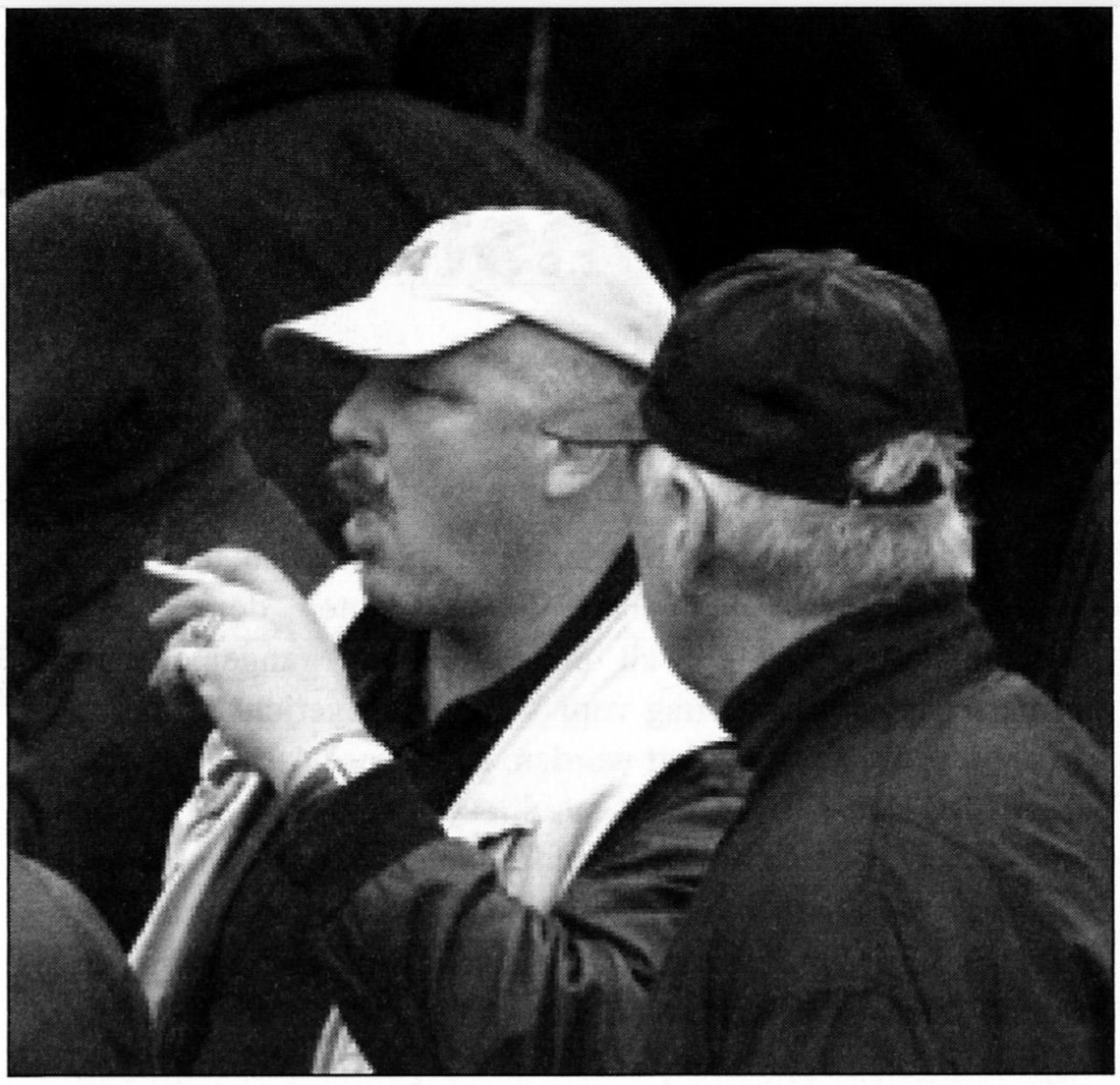
Der Autor war Streetworker im sozialpädagogischen Fan-Projekt ANSTOSS in Köln, und ist Autor des Buches "Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten – Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik"; Pahl-Rugenstein; Bonn, 1998; in Vorbereitung: Das zerbrochene Fenster, Hools und Skins zwischen Konsumterror, Repression und Sozialfeuerwehr; Erscheinung: März 2001

Impressionen aus Dortmund und Düsseldorf

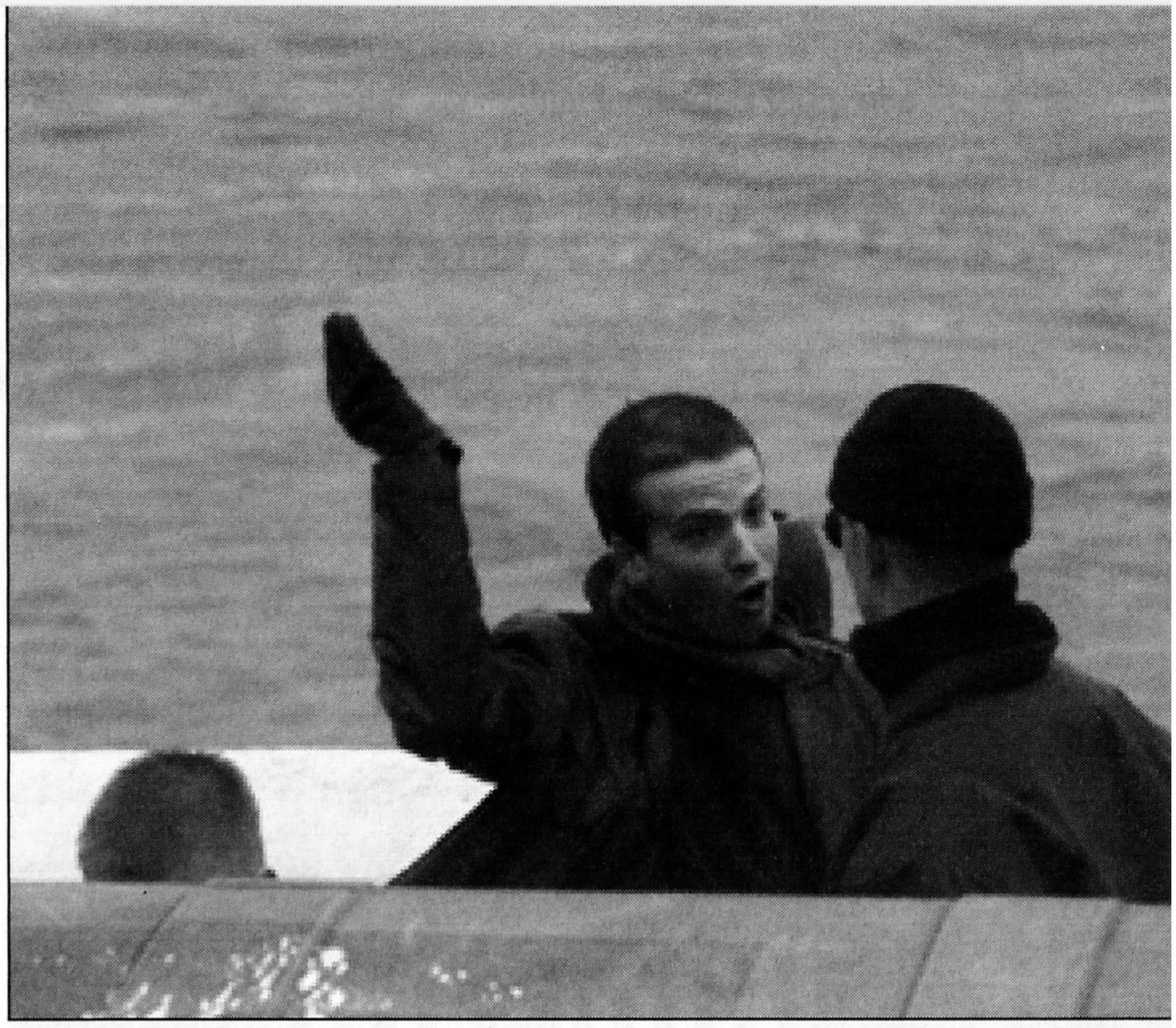
Ist das Ansehen der Deutschen Jugend gefährdet ?!

Oben: Wer schweigt stimmt zu. Die Erlebnisgeneration schreitet ein .
Unten: Die Deutsche Jugend siegt



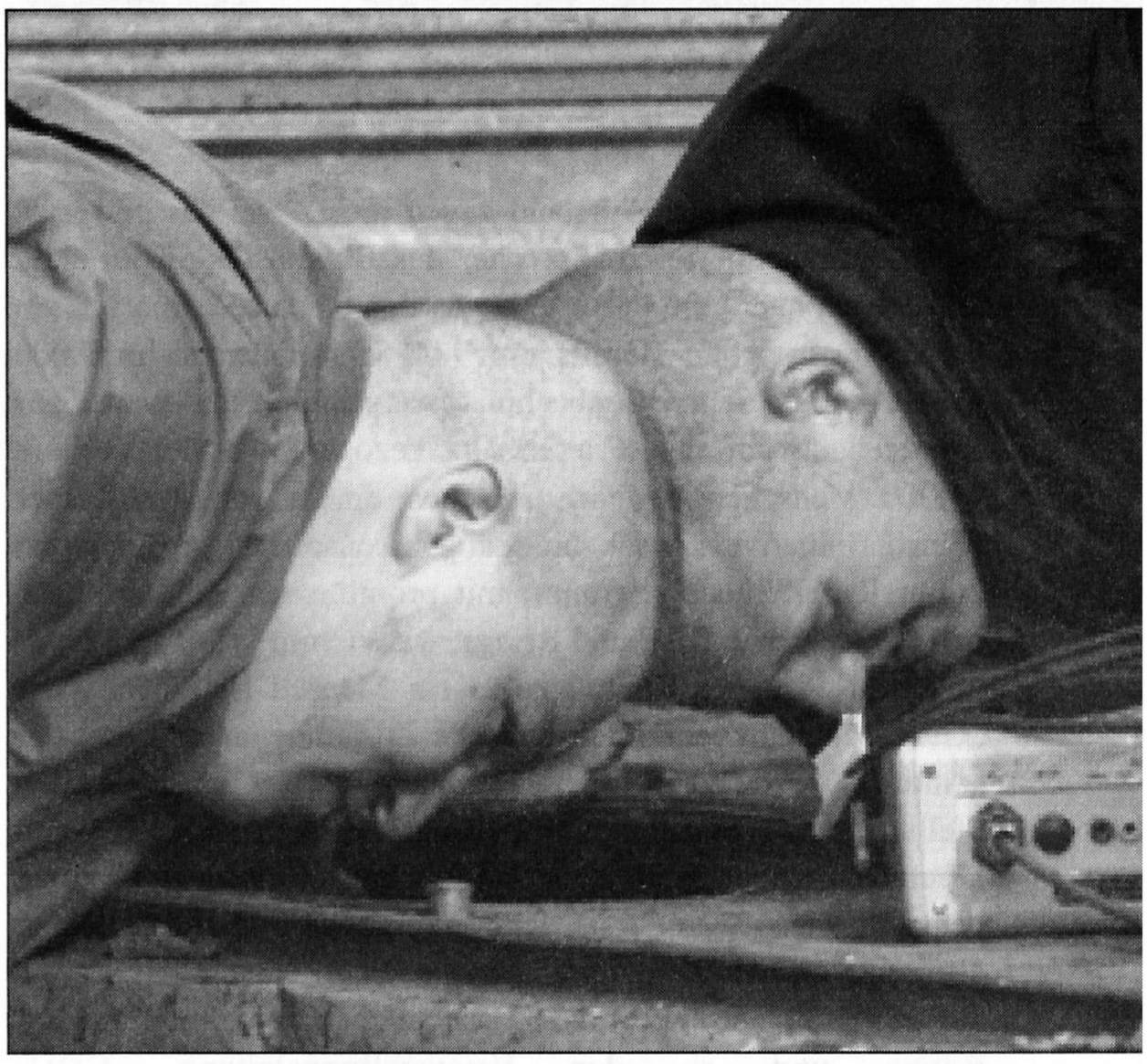


Siegfried Borchardt (Dortmund), macht er den Winter noch ?

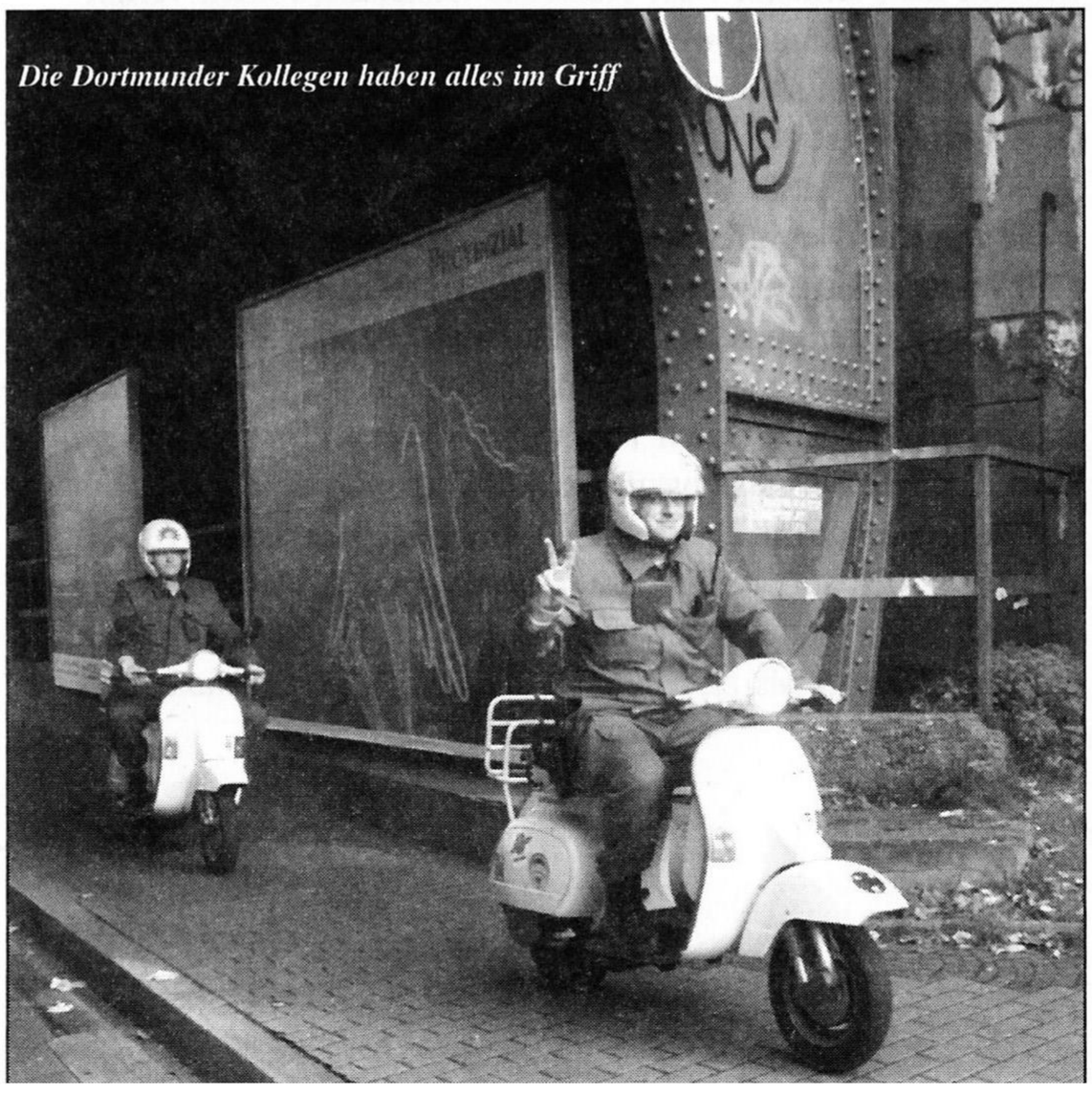


Gewalt unter Nazis: Frank Amberg aus Burscheid schlägt zu

Thomas Brehl (KDS) Alkoholverbot beachten !



NRW Nazis in den Untergrund: Carsten Köppe li. (Witten) und Demoordner



Die Dortmunder Kollegen haben alles im Griff

- Die Düsseldorfer Kollegen auch

Köln: 25.000 Menschen demonstrierten gegen Neonaziaufmarsch

Ein anständiger Aufstand gegen rechts“ sei das gewesen, kommentierte ein Sprecher des Bündnisses „Köln stellt sich quer“ die Proteste gegen den Neonaziaufmarsch am 9.12.2000 in Köln. Bereits um 9.00 Uhr hatten sich 10.000 Menschen auf dem Offenbachplatz versammelt und waren zur Kundgebung auf den Friesenplatz gezogen, wo sich weitere 15.000 Menschen einfanden. Neben einem von der Kölner Künstlerinitiative „Arsch hu, Zäng ussenander!“ organisierten kulturellen Rahmenprogramm mit prominenten Kölner Bands und Künstler wie BAP und Brings, waren vom WDR live übertragene Reden der Kampagne „Kein Mensch ist illegal“, der „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit“ und der „Antifa K“ zu hören, in denen nicht zuletzt auch deutlich Stellung gegen staatlichen Rassismus bezogen wurde. „Wenn „Fremde Freunde sind“, wie NRW-Ministerpräsident Clement beteuert, wieso werden sie dann eingesperrt und abgeschoben, diffamiert und diskriminiert?“, brachte eine Rednerin das Thema auf den Punkt. Politprominenz suchte man vergeblich auf der Bühne und in der Veranstaltungsleitung. CDU-Oberbürgermeister Fritz Schramma, der kürzlich noch auf einer 5.000-köpfigen Schülerdemonstration gegen Rechts unisono ausgepfiffen worden war, ließ sich nur kurz am Rande der Kundgebung sehen. Eine der Kundgebung folgende Spontandemonstration führte über 20.000 Menschen in die Nähe der Demonstrationsroute der Neonazis. Wenige hundert Meter entfernt hatten sich 150 Neonazis zu einer vom „Gau Rheinland“ des „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) organisierten Demonstration versammelt, um für „Meinungsfreiheit auch für sog. „Neonazis““ zu demonstrieren. Beim am 1.5.99 gegründeten und in der Neonaziszene nicht unumstrittenen KDS handelt es sich um eine bundesweite Organisation mit starker Anbindung an die „Freien Kameradschaften“, die der angeblich „mittlerweile erfolgten Annäherung „rechter“ und „linker“ Sozialisten für die Bündelung revolutionärer sozialistischer Energien und Gedanken“ nutzen und der „weltweiten Verschwörung von Politik und Kapital“ einen „auf die nationalen Erfordernisse zugeschnittenen deutschen Sozialismus entgegen“ setzen möchte. Das vom Kölner Polizeipräsidenten ausgesprochene Verbot des von dem Hamburger Neonazi Christian Worch und dem Kölner KDS-Aktivisten Paul Breuer unter dem Logo „Bürgeraktion gegen Gewalt und Intoleranz“ angemeldeten Aufmarsches war am Vortag vom Verwaltungsgericht Köln mit Auflagen außer Kraft gesetzt worden. Eine diese Auflagen beinhaltete, daß weder der „KDS-Gausekretär“ Axel Reitz, noch der Dortmunder „Borussenfrontler und ehemalige FAP-Funktionär Siegfried Borchardt Reden halten oder organisatorische Aufgaben übernehmen dürften. Zu dem Aufmarsch erschienen hauptsächlich Neonazis aus dem Märkischen Kreis, dem Hagener Raum, dem Ennepe-Ruhr-Kreis und dem Ruhrgebiet. Mit Claus Crämer (Herne), Axel Schoppmann (Lüdenscheid) und Dominique Oster (Siegburg) nahmen auch einige Funktions- und Mandatsträger der NPD an dem Aufmarsch teil. Die geringe Teilnehmerzahl dürfte sowohl mit der Häufung der Aufmärsche in letzter Zeit, als auch mit szeneinternen Differenzen zwischen einigen „Kameradschaften“ und dem KDS sowie der recht schwachen Mobilisierung zu tun haben. Eine Reihe von nordrhein-westfälischen „Kameradschaften“ waren nur über einzelne Personen oder gar nicht vertreten, wie z.B. die „Kameradschaft Düsseldorf“ und die „Kameradschaft Bonn-Rhein/Sieg“. „Freiheit für Palästina“ und „Ali, Mehmet, Mustafa“ geht zurück nach Ankara!“ skandierend zog der braune Mob in Dreierreihen 1 ,5 Stunden durch von der Polizei hermetisch abgeriegeltes Gebiet. Anschließend nutzte Worch als einziger Redner die Gunst der Stunde um eine seiner gefürchteten einstündigen höhepunktlosen Reden zu halten.

Mehrere tausend Polizisten waren nötig und hatten alle Hände voll zu tun um zu verhindern, daß Gegendemonstranten den Aufmarsch wie schon die NPD-Demonstration am 22.5.1999 stoppten. Trotzdem gelang es kleineren Gruppen immer wieder, auf die Route zu gelangen und den Aufmarsch durch symbolische Blockaden zum Anhalten zu zwingen. Insgesamt 30 Gegendemonstranten wurden im Laufe des Tages festgenommen, ein Hundeführer der Polizei durch einen Steinwurf verletzt. Die Nazis hatten einmal mehr Verluste auf der Anreise zu beklagen.

Obwohl der Aufmarsch der Neonazis letztendlich nicht verhindert werden konnte, werteten alle Gruppen der beteiligten Bündnisse „Köln stellt sich quer“ und „Kölner Bündnis für eine Gesellschaft ohne Rassismus“ die Gegenaktionen als Erfolg. Ein Sprecher der „Antifa K“: „Über 20.000 Menschen hat es nicht mehr gereicht, Betroffenheit zu zeigen, sondern haben aktiv bei dem Versuch mitgewirkt, den Naziaufmarsch zu verhindern“. Als Erfolg wertete er ebenfalls, daß alle Versuche, das Bündnis seitens der bürgerlichen Parteien und Institutionen zu vereinnahmen und zu spalten erfolgreich abgewehrt werden konnten und so auch staatlicher Rassismus unüberhörbar thematisiert wurde. Ob sich das stark auf Lokalpatriotismus orientierende Kölner Model allerdings auch auf andere Städte übertragen läßt, bleibt mehr als fraglich: „Wir sind Kölner und Ihr nicht!“, schlug der Kölner Express ernsthaft als zu rufende Parole vor; denn: „Nazis sind unkölsch“.

Verbote und kein Ende

zur Verbotsdebatte um die NPD/JN

Einleitung

Seit Wochen ist es eines der Themen, welches die deutsche Presselandschaft bestimmt. Das im Raum stehende Verbot der NPD ist vor allem deshalb ständig Thema, weil es der Öffentlichkeit signalisiert: Vater Staat ist aktiv gegen die Rechten. Eine schwierige Situation für linksradikale AntifaschistInnen, stellt man in der Szene die Frage pro und contra Verbot, so bekommt man oft die gleiche Antwort. Verbote, so die Argumentation, bringen nichts, zudem wendet man sich dagegen, da man sich nicht des Staates bedienen will, bzw. nicht zu unrecht als Folge zunehmender Organisationsverbote gegen die extreme Rechte eine Verschärfung der Repression auch gegen die Linke befürchtet wird. Hakt man nach, so deutet sich an, das eine wirkliche Auseinandersetzung um den Komplex der staatlichen Repression gegen FaschistInnen nur in Ansätzen stattfindet, man beruft sich eher auf den bekannten Szenenkonsens, als diese notwendige Diskussion zu führen.

Was für eine Bedeutung haben NPD/JN überhaupt momentan, wie sähe ein Verbot konkret aus, inwiefern wurde die Naziszene bisher von Verboten getroffen, warum überhaupt NPD-Verbot – was ist mit den „Freien", läßt sich nicht eine bewußte Fehleinschätzung der Regierenden konstatieren, um symbolisch gegen die extreme Rechte zu agieren, folgt auf Repression gegen FaschistInnen eine Verschärfung der Kriminalisierung autonomer antifaschistischer Politik? Die sind verschiedene Punkte, die wir diskutieren wollen – oder besser: die diskutiert werden sollten, einen ersten Anstoß wollen wir in den folgenden Zeilen geben.

Faschos von Verboten getroffen?!

Das geplante Verbot der NPD ist nicht der erste Fall in dem eine Organisation der extremen Rechten verboten werden soll. Bedeutend waren in den letzten Jahren vor allem die Verbote der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) und der Wikingjugend (WJ) 1994, in den beiden Jahren zuvor war es nach den Progromen in Rostock und Mölln zu einer verstärkten Repression gegen Parteien der extremen Rechten gekommen. So waren die Deutsche Alternative (DA), der Deutsche Kameradschaftsbund (DKB), die Nationale Offensive (NO) und die Nationalistische Font (NF) verboten worden. Gleichzeitig ließ sich, zumindest in Ansätzen, auch ein verstärktes staatliches Vorgehen gegen rechte Straftaten feststellen.

Getroffen wurden die Nazis von den Verboten nur bedingt, wenn auch die Verbote von NF und FAP sie stärker geschwächt haben als vorige Verbote.

Was für konkrete Auswirkungen hatten diese bisher, bzw. welche können sie überhaupt haben?

Für die Kaderstruktur der NF hatte das Verbot nicht wirklich bedeutende Azswirkungen, denn man hatte sich ausgiebig auf einen solchen Fall vorbereitet und verbindliche Strukturen geschaffen, die sich auch ohne öffentlich agierende Organisation auf einander zu verlassen wussten. Die FAP als Massenpartei hingegen, hatte mehr Probleme. Einerseits waren die Kontakte zwischen den Aktiven nicht so sehr gefestigt wie z.b. bei der NF, so daß es sich schwieriger gestaltete, Mitglieder und Anhänger in großem Umfang in neue Strukturen zu überführen. Andererseits hatte man in der FAP schon zu Beginn der ersten Parteiverbote begonnen, Mitglieder in einer neuen Zellenstruktur zu organisieren, welche wesentlich schwieriger angreifbar ist.

Schwierig gestaltete sich für die Rechten die Organisierung größerer, öffentlichkeitswirksamer Aktionen wie z.b. von Aufmärschen. Es fehlte zunächst eine bundesweite, legale Struktur, die den organisatorischen Rahmen stellen konnte und auch Chancen zur juristischen Durchsetzung solcher Märsche besaß, wie sie vor allem Parteien besitzen. Diese fand sich schließlich in der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN). Diese hatte in der Vergangenheit eigentlich eine weitestgehend bedeutungslose Rolle im Hintergrund der Mutterpartei gespielt, das änderte sich mit einem als Zäsur zusehenden Kongreß im Jahr 1994, auf welchem die JN sich eine straffere Stuktur verordnete und einen Wandel hin zu einer elitären Kaderstruktur begann. Zunehmend

einen 22-jährigen Mann zusammengeschlagen, ihn gedehmütigt und beschimpft, da ermit einem Schwarzen befreundet ist. Dem Opfer wurde eine Gaspistole an den Kopf gehalten und gedroht zu schießen.In Todesangst sprang der Mann aus einem Fenster und brach sich beide Beine. Dieser Vorfall wude einmal mehr von der Düsseldorfer Polizei nicht als Tat von Neonazis behandelt und der Öffentlichkeit vorenthalten. Dabei hatten die Täter zu keinem Zeitpunkt ein Hehl aus seiner Gesinnung gemacht. Bei einem der beiden wurde sogar eine Bomberjackemit Hakenkreuzabzeichen gefunden. Oberstaatsanwalt Thomas Harden behauptete nach dem Angriff auf zwei Migranten am 03. 07. 2000 auf dem Derendorfer S-Bahnhof sogar, es hätte seit Sommer 1996 keine nennenswerten Gewalttatenvon Neonazis gegeben. Heute heißt es, man habe den neonazistischen Hintergrund der Taterst sehr spät erkannt. Die Täter wurden zwischenzeitlich zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, die mitangeklagte Freundin eines der Beiden Täter kassierte wegen unterlassener Hilfeleistug eine Bewährungsstrafe.

Unterwegs für Deutschland

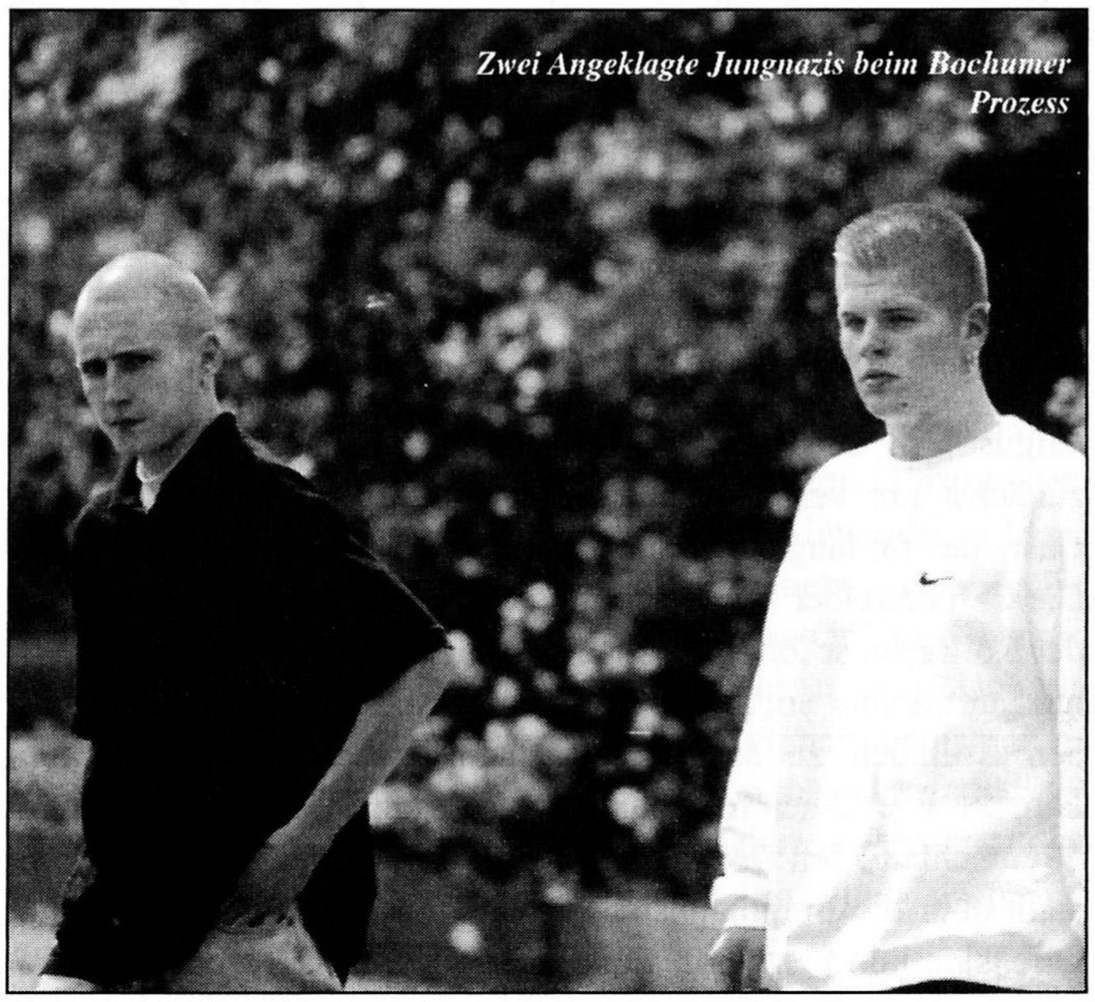
Ein besonders hartes Programm gaben sich nordrheinwestfälische -„Freie Kameraden", darunter auch die „Kameradschaft Düsseldorf", vom 17. bis 19. 11. 2000. Gestartet wurde am Abend des 17. 11. mit einer Feier in Dortmund anläßlich des 47. Geburtstag des Dortmunder ex FAP-Funktionärs **Siegfried Borchardt.** Das ganze eskalierte, als Partygäste die wegen Ruhestörung herbeigerufene Polizei mit Kanthölzern und Flaschen angriffen und sich danach verbarrikadierten. Der folgende Großeinsatz von Polizei und Feuerwehr, die den Weg in den Partykeller freispülte und -flexte, brachte 102 Neonazis zum Vorschein und anschließend in Polizeigewahrsam. Diese hatten bis zuletzt versucht, die Räumung zu verhindern. Hierbei wurden mehrere Polizisten verletzt. Weiter ging es am nächsten Tag in Freienohl im Hochsauerlandkreis.Hier gedachten die „Freien Kameraden" in einer Gaststätte dreier „Führungskamerade" aus Winterberg und Lüdenscheid, die 1997 bei einem angeblichen „mysteriösen" Autounfall ums Leben gekommen waren. Die drei sind inzwischen Helden und Märtyrer der Szene und posthum zu „SA-Männern" befördert worden. Allerdings waren nicht zuletzt aufgrund des Vorfalls vom Vorabends nur 60 Nazis ersschienen. Diese mußten ihre Veranstaltung dann auch noch vorzeitig beenden, da sich der zunächst zögerliche Wirt aufgrund des großen Medieninteresses doch noch für einen Rausschmiß seiner braunen Gäste entschied. Am Sonntag, den 18. 11. und damit Volkstrauertag, ging es in NRW an drei Otren weiter. Während sich die einen für einen Besuch der Gräber der gefallenen „SA-Männer " in Winterberg entschieden, zogen es andere unter der Führung der Duisburger „Kameradschaft Heinrich Bauschen" vor, unter starkem Polizei schutz auf dem Soldatenfriedhof Duisburg Kaiserberg Kränze zu Ehren der "gefallenen Helden derWehrmacht und Waffen-SS" niederzulegen. Eine dritte ca. 50-köpfige Gruppe wählte das von der „Artgemeinschaft" organisierte „Heldengedenkenken" auf dem Ehrenfriedhof am Niersenberg in Kamp-Lintfort. Hieran beteiligten sich neben „Frieen Kameraden" u. a. auch die JN duisburg und die „Gemeinschaft Nationales Deutschland" (GND) mit Sitz in Kempen. Antifaschistische Gegenaktivitäten gegen die Gedenkveranstaltung waren nicht zu verzeichnen. Lediglich die JN jammerte im Vorfeld über einen „Anschlag" auf das Denkmal auf dem Soldatenfriedhof am Kaiserberg.

Einschüchterungsversuche und neuer Treffpunkt

Neben den fast schon alltäglichen Schmierereien und dem Verkleben von NPD-Aufklebern, kam es im Bereich des Stadtbezirks Herne-Mitte (Poststr. und An der Kreuzkirche) verstärkt zu Bedrohungen und Verfolgungen von alternativ aussehenden Jugendlichen. Teilweise kam es dabei sogar zu Pöbeleien in nächster Nähe zu einem linkem Treffpunkt. So wurden einige Jugendliche auf ihrem Heimweg von Neonazis mit einem Auto verfolgt und bedroht. Ein Treffpunkt der rechten Szene war bis Anfang Oktober der "Holsterhauser Krug", der mittlerweile aber geschlossen ist. Als neuer Treffpunkt hat sich in den letzten Wochen und Monaten das "Gekko" in der Schlachthofstr.16 in Herne-Wanne herauskristallisiert.

Prozeß gegen neun Jungnazis- „Äh, was war nochmal der Freidensnobelpreis???

Am 15. August wurden mehrere Jugendliche aus Herne, Gelsenkirchen und Bochum verurteilt. Sie waren am 28. 12. 99 auf dem Weg zu einem „Kameradschaftsabend". In einem Herner Linienbus haben sie Naziparolen wie "den Nobelpreis für Adolf Hitler", "Sieg Heil",und "Asylantenheime müssen brennen" gegrölt . Später verletzten sie einen Radfahrer. Im Prozeß gegen die neun Jugendlichen aus dem Spektrum der NPD und „Freien Kameradschaften" wurden die drei Hauptangeklagten wegen Volksverhetzung und Körperverletzung zu 8 bzw. 10 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. 10 Monate bekam der Herner **Thomas Ickert** (20) der maßgeblich für die Körperverletzung an dem Fahrradfahrer verantwortlich war. Laut eigenen Angabe vor dem Gericht, ist er am 24.08. aus der NPD ausgetreten. "Dank" eines Revionsverfahrens ist er wieder auf freien Fuß , nach Castrop-Rauxel verzogen und versucht sich nun als Zeitsoldat bei der Bundeswehr - unter der strengen Beobachtung des M.A.D. Jeweils acht Monate Freiheitsstrafe bekamen der NPD-Mitglied **Jens Ahlers** (20) und der bei der Bundeswehr als Karosserieschlosser tätige **Patrick Grimmek** (21) aus Gelsenkirchen, der schon 1996 ein Verfahren wegen "gemeinschaftlicher Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" anhängig hatte. Weiterhin zu Dauerarrest und Sozialstunden wurden verurteilt: Der NPDler **Björn Thom**, der 19-jährige **Stefan Yaban** aus Gelsenkirchen, der 16-jährige Azubi **Dirk Koruna** aus Bochum, **Stefan Hird**, **Sebastian**



Zwei Angeklagte Jungnazis beim Bochumer Prozess

Herholz (16) und die 16-jährige Schülerin **Nicole Weiß** aus Herne, die dem Gericht nicht einmal erklären konnte, was der "Friedensnobelpreis" ist und deswegen auferlegt bekam, einen vierseitigen Aufsatz über diesen zu schreiben.

Moers

„Nazis morden - der Staat schiebt ab“

In Moers haben ca 25-30 Menschen versucht einen Bus zu blockieren. Der Bus war mit 22 Flüchlingen auf dem Weg zum Düsseldorer Flughafen, von wo aus sie abgeschoben werden sollten. Die Demo forderte einen Großeinsatz der Polizei mit ihrer Hilfe konnte die Aktion nach ca. 3 Stunden beendet werden. 25 Menschen wurden vorläufig festgenommen und am Nachmittag wieder frei gelassen. Dank der Polizei und noch ein paar anderen SchreibtischtäterInnen wurden die Flüchlinge wie geplant zum Flughafen gebracht und abgeschoben.

Dorsten

Sechs Männer aus dem Umfeld des NPD-Kreisverbands Recklinghausen, bzw. aus dessen Dorstener Ortsverband sind vor dem Essener Landgericht der gemeinschaftlichen gefährlichen Körperverletzung angeklagt. Am 23. Dezember 1999 hatten **Carsten Grosse, Daniel Kreuels, Hans “Ratze“ Sadatzki, Stefan Binder** und der Vorsitzende des Ortsverbands Dorsten, **Mathias Rösgen** sowie dessen jüngerer Bruder **Manuel Rösgen** den damals 16-jährigen **Frank Nikolaus**, einen Jugendlichen aus der rechten Dorstener Szene, an der einschlägig als Nazitreffpunkt bekannten Esso-Tankstelle am Dorstener Bahnhof zusammengeschlagen. Diese Aktion sollte angeblich eine Bestrafung dafür sein, daß er ein zwölfjähriges Mädchen vergewaltigt hätte. Das Mädchen selbst hatte in einer von dem Verfahren unabhängigen Vernehmung ausgesagt, das “der Geschlechtsverkehr freiwillig“ gewesen sei, sie hätte über Freundinnen dem Jugendlichen glauben gemacht, sie sei älter, um mit ihm Sex zu haben.

Carsten Grosse belastete seine Mitangeklagten schwer, gab zu, selber mit seinem Auto auf das am Boden liegende Opfer zugefahren zu sein, um dieses einzuschüchtern. Interessant gestaltete sich die Aussage zweier Zeuginnen, welche davon sprachen ,daß die Tat im vornherein geplant gewesen sei. Da die Angeklagten kurz vor der Tat noch den Vorsitzenden des NPD-Kreisverbands **Wolfgang „Bulle“ Kevering** in Herten besucht hatten und **Mathias Rösgen** angeblich das Opfer mit den Worten „schöne Grüße von Wolfgang“ traktierte, liegt dieser Verdacht nahe. **Mathias Roesgen** sitzt seit der Schlägerei in U-Haft, da er zudem wegen einer weiteren Prügelei nach einer Vor-Abi-Party angeklagt war. Zu Schwierigkeiten im Prozeß führt die Tatsache, daß **Frank Nikolaus**, der an Neujahr 2000 zusammen mit **Manuel Roesgen** und **Michael Overbeck** einen Obdachlosen in Dorsten zusammengeschlagen hatte, sich im April diesen Jahres das Leben genommen hat

Einblicke in die Dorstener Szene gewährten Aussagen von Polizeibeamten, die **Mathias Roesgen** nach einer anderen Party festgenommen hatten. So tönte dieser damals: „Wenn ihr die Türken da nicht wegklatscht, dann müssen wir die halt abstechen!“

First Class or Deportation Class ?

Mit der Kampagne "deportation.class, gegen das Geschäft mit Abschiebungen“ macht das bundesweite Netzwerk „Kein Mensch ist illegal“ der Lufthansa AG seit Monaten schwer zu schaffen. Das Ziel der AktivistInnen: Die Lufthansa AG soll das Geschäft mit Abschiebungen sofort beenden. Mit spektakulären Aktionen auf Flughäfen, vor Niederlassungen der Lufthansa und in Reisebüros in mehr als einem Dutzend Städten und bisher zwei Aktionstagen gelang „Kein Mensch ist illegal“ die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Facette der alltägliche Abschiebepraxis zu lenken. Das Erfolgsrezept der AktivistInnen: Sie verbinden traditionelle Aktionsformen wie Kundgebungen oder Go Ins mit subversiven Aktionsformen. Sie verbinden antirassistische Propaganda mit professioneller PR-Arbeit, benutzen dabei die Sprache der Werbung und sind unter www.deportation-alliance.com zusammen mit anderen europäischen Initiativen im Internet präsent.

„Kein Mensch ist illegal“ setzt nicht auf einen Boykott der Lufthansa, sondern auf einen Imagesverlust durch die Denunziation der Fluggesellschaft als Abschiebeagentur. Adressat des Protests ist aber nicht nur die Konzernleitung, sondern sind auch die Aktionäre, die Mitarbeiter der Gesellschaft sowie die Passagiere. „Auch Piloten, Stewardessen das Bodenpersonal und Polizisten können sich weigern, als willfährige Handlanger der staatlichen Abschiebepolitik zu fungieren und so womöglich das Leben von Flüchtlingen retten“, heißt es in der zweiten Ausgabe der Kampagnenzeitung. Anlass für die Kampagne war der Tod des Sudanesen Aamir Ageeb im Mai 1999. Drei Beamte des Bundesgrenzschutzes hatten den 30-jährigen an Bord einer Lufthansamaschine nach Khartoum so misshandelt, dass er erstickte.

Bei der Internationalen Tourismus Börse (ITB) im März in Berlin trat „Kein Mensch ist illegal“ erstmals mit der Kampagne an die Öffentlichkeit. Eine kleine Gruppe, dem Outfit nach kaum von FlugbegleiterInnen der Gesellschaft zu unterscheiden, tauchte vor dem Lufthansastand auf und verteilte die Kampagnenzeitung -ausgerechnet in dem Moment, als Berlins Regierender Bürgermeister mit großem Gefolge dort erschien. So richtete sich das Blitzlichtgewitter der Kameras auf einen ansonsten wenig beachteten Auftritt der Aktionsgruppe. Dieses Beispiel machte Schule und wurde in den folgenden Monaten perfektioniert. Bei einer Aktion auf dem Flughafen Köln-Bonn tauchten „FlugbegleiterInnen gegen Abschiebungen“ auf, verteilten ein Flugblatt an Passanten und KollegInnen in dem sie zur Zivilcourage aufforderten. Vor Beginn der Lufthansa-Aktionärsversammlung im Berliner sorgten FlugbegleiterInnen mit einem „Investorinfo“ ebenfalls für Verwirrung. Auf mehreren internationalen deutschen Flughäfen tauchte Anfang April ein Werbeprospekt der Lufthansa auf, der bis zu dreißig Prozen Preisnachlass in der „deportation.class“ offerierte. Prompt folgte das Dementi des Konzerns: Auf einer eilig einberufenen

deportation class

gewohnten Service bieten wir in der

Mit der **LufthansaDeportationClass** erreichen Sie schon heute welt-

Info-Hotline. Die einheitliche Rufnummer der Lufthansa ist auch

Pressekonferenz sprach ein Konzernsprecher von einer „infamen“ Fälschung und bescherte den unbekannten Urhebern bereits vier Wochen nach demStart der Kampagne ein unerwartet großes Medieninteresse. Die große Resonanz der Aktionstage im April und Mai mit Aktionen an den Flughäfen in Köln/Bonn, Hannover, Hamburg, München, Frankfurt und Stuttgart, vor dem Ausbildungszentrum in Seeheim (Hessen) und der Pilotenschule des Konzerns in Bremen sowie vor Vertretungen in Freiburg, München, Regensburg Tübingen, Berlin, Münster und Würzburg unterstrichen, dass sich die Kampagne verbreiterte. Der vorläufige Höhepunkt der Kampagne waren Tumulte auf der Hauptversammlung der Lufthansa AG Mitte Juni in Berlin. Dort forderten neben FlugbegleiterInnen und AktivistInnen von „Kein Mensch ist illegal“ auch kritische AktionärInnen das Ende der “deportation“. Der sichtlich entnervte Vorstandsvorsitzende der Lufthansa AG erklärte vor der Hauptversammlung, die Airline lasse gewaltsame Abschiebungen nicht mehr zu. Man stehe vielmehr mit dem Bundesinnenministerium in Verhandlungen, ganz aus dem Geschäft mit Abschiebungen auszusteigen. Doch bisher blieb diese Ankündigung folgenlos.

Auch wenn das Ziel noch nicht erreicht wurde, weist die Kampagne bisher beachtliche Erfolge auf. So schenkte die Presse dem Thema Flugabschiebungen - „wer hat die Bordgewalt?" ungewohnt große Aufmerksamkeit. Auch die Plakatausstellung „deportation.class“ erzielt nicht zuletzt nach dem gescheiterten Versuch des Konzerns, die Plakate mit Hilfe der Justiz aus dem Internet zu verbannen - eine große Resonanz im In - und Ausland. Bei dem Lufthansa-Personal verfehlte die Aufforderung zur Zivilcourage ihre Wirkung offenbar nicht, denn die ablehnende Haltung der Mitarbeiter gegenüber Abschiebungen scheint gestiegen zu sein. So registrierte da Bundesinnenministerium in den vergangenen Monaten vermehrt Fälle, bei denen Abschiebungen abgebrochen werden mussten. Beim Bundeskongress der ÖTV in Leipzig verabschiedete die Gewerkschaft Anfang November eine Resolution in der die Mitarbeiter der Fluggesellschaften aufgefordert wurden, Abschiebungen zu verweigern. Afrikanischen Flüchtlingen gelangen es mehrfach bei Abschiebeflügen mit Zwischenlandungen in Amsterdam auszusteigen und Asyl zu fordern. Um ihr Ziel zu erreichen, brauchen die beteiligten Initiativen einen langen Atem: „Der Vorstand der Lufthansa wird auf das Geschäft mit den Abschiebungen erst verzichten, wenn der Druck auf den Konzern aufrecht erhalten bleibt und das Image der Fluggesellschaft nachhaltig beschädigt zu werden droht“, bilanzierten die AktivistInnen nach einem halben Jahr Kampagne. Ausblick u. weitere Aktivitäten: NetzaktivistInnen bereite eine virtuelle Blockade der Lufthansahomepage im Internet vor. Zum internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember ruft „Kein Mensch ist illegal“ zum dritten Mal zu einen bundesweiten Aktionstag gegen Abschiebungen in der „deportation.class“ auf.

„kein Mensch ist illegal“ im Internet:
http://www.contrast.org/borders/kein
http://www.deportation-alliance.com/lh

„Auch in Deutschland gibt es nicht die Bastion, die nicht zu verändern ist“

“The VOICE –Africa Forum" ist die erste selbstorganisierte Gruppe von Flüchtlingen in Deutschland. Sie machte insbesondere durch ihren Kongreß Mitte des Jahres in Jena, an der über 600 Menschen teilnahmen, auf sich aufmerksam. Aktion Knastmucke – eine antirassistische Initiative aus Düsseldorf - sprach mit Cho Lucas Ayaba, einem Sprecher von The VOICE, über ihren Kampf gegen die deutsche Flüchtlingspolitik.
Aktion Knastmucke: Was ist The VOICE ?

Cho Lucas Ayaba: The VOICE ist eine Organisation von Flüchtlingen mit Sitz in Jena. Sie ist 1996 von einer Gruppe Flüchtlinge gegründet worden, um die verschiedenen Interessen von Flüchtlingen in Deutschland zu vertreten. Unser Ziel ist es, daß die Regierung in diesem Land ihre Flüchtlingspolitik verändert. Da gibt es viele Dinge, die verändert werden müssen, wie z.B. die Residenzpflicht, die Gutscheinregelung, die Isolierung von Flüchtlinge, die Abschiebepolitik, alles Ausdruck der rassistischen Behandlung von Flüchtlingen. Es geht auch darum, daß sich Flüchtlinge in verschiedenen Städten und Ortschaften selber organisieren. Wir sind dabei, verschiedene Ortsgruppen aufzubauen, wo Flüchtlinge über ihre Probleme vor Ort und über eine gemeinsame politische Initiative diskutieren können. Die zentrale Koordination ist in Jena, wo alle Mitglieder aus den Ortsgruppen zusammenkommen können.

AK: Wie sieht eure praktische Arbeit aus ?

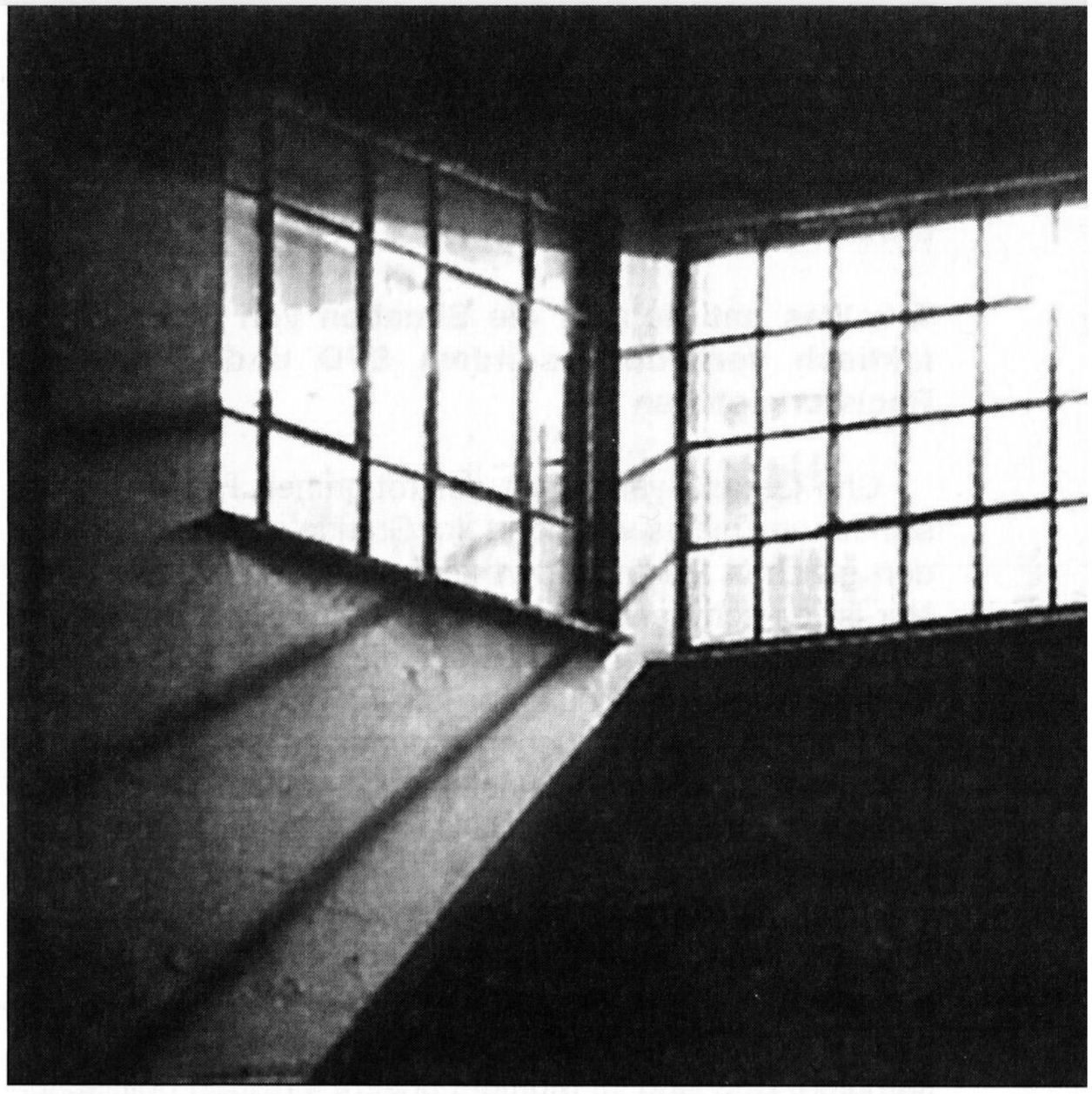
Cho Lucas Ayaba: Wir haben viel zu tun. Im Moment beschäftigen wir uns mit der Politik der Landkreise, wie z.B. die Gutscheinregelung oder die Residenzpflicht. Auf dem Kongreß Mitte des Jahres in Jena haben wir beschlossen, gegen die Residenzpflicht vorzugehen. Die Residenzpflicht schränkt uns in unserer Bewegungsfreiheit ein, das verstößt selbst gegen das Menschenrecht auf Freizügigkeit. Das ist momentan das erste, was wir zur Zeit angehen wollen. Aber durch die deutsche Asylpolitik werden wir Flüchtlinge mit der gesamten Palette des Rassismus in diesem Land konfrontiert. Da wird man mit der feindlichen Einstellung vieler Beamte gegenüber Ausländern konfrontiert; Rechtsanwälte, die uns in den Asylverfahren gestellt werden, machen gemeinsame Sache mit dem Staat. Man wird mit der Vorverurteilung von Menschen konfrontiert, wir werden wie Kriminelle behandelt. Wir wollen dafür kämpfen, daß es unser Recht ist, nach Deutschland zu fliehen. Sie sollen dies endlich akzeptieren und ihre rassistische Abschiebepolitik und diskriminierende Behandlung beenden.

AK: Zur Zeit konzentriert ihr Euch noch sehr stark auf die Residenzpflicht. Was ist die Residenzpflicht ?

Cho Lucas Ayaba: Die Residenzpflicht ist ein Gesetz in Deutschland, das vergleichbar ist mit Gesetzen aus Südafrika oder Amerika, wo es den Schwarzen nicht erlaubt worden ist, sich in den Bereichen aufzuhalten, wo Weiße leben. Uns wird es verboten, den Landkreis, in dem wir als Flüchtlinge gemeldet werden, zu verlassen.
Wir haben entschieden, das Gesetz mit zivilen Ungehorsam zu unterlaufen. Wir kennen die Konsequenzen und wissen, daß das Gesetz in der Regel immer stärker ist. Aber es gibt da eine Sache, die wir uns sagen: jeder Kampf bringt seine Opfer mit. Und der Mensch, der gegen ein schlechtes Gesetz verstößt und bereit ist, den Preis dafür zu bezahlen, unterwandert die Stärke des Gesetzes. Aber wir haben auch Anwälte aus der gesamten BRD, die sich aus Menschenrechtsgründen und ohne Bezahlung darum kümmern, wenn es zu einem Prozeß kommt. So zum Beispiel im Fall von Cornelius Yufanyi, der jetzt erst in Worbis bei Göttingen vor Gericht stand.

AK: Gegen Cornelius Yufanyi hat am 12. Oktober ein Prozeß begonnen, weil er den Landkreis, in dem er gemeldet ist, verlassen hat. Er hat sich geweigert, die Geldstrafe wegen des Verstoßes gegen die Residenzpflicht zu bezahlen. Was ist der Stand des Prozesses ?

Cho Lucas Ayaba: Der Prozeß von Cornelius selbst ist erst einmal gut verlaufen. Es sind 30- 40 Leute nach Worbis mobilisiert worden. Des weiteren hatte Cornelius drei Anwälte aus Berlin gehabt, die den rassistischen Charakter des Gesetzes der Residenzpflicht belegen und damit den Richter stark unter Druck setzen konnten. Der Richter hat den Prozeß zunächst auf unbestimmte Zeit verschoben. Wir wissen nicht, ob der Prozeß überhaupt noch weitergeführt wird.
Wir werden aber immer wieder mit solchen Prozessen zu tun haben. In der Regel sind die Behörden uns sehr feindlich gesinnt. Sie werden immer wieder versuchen, uns mit Repression zu begegnen. Aber ich bin davon überzeugt, wir werden am Ende gewinnen. Denn es ist nicht ein



Kampf zwischen uns und dem Staat. Es ist ein Kampf zwischen Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, es ist ein Kampf zwischen Toleranz und Intoleranz. Und zuletzt hat die Gerechtigkeit immer über die Ungerechtigkeit gewonnen. Daher nehmen wir die Kraft, und wir werden bis zum Ende zu gehen.

AK: Lauft ihr nicht Gefahr, aufgrund des Verstoßes gegen die Residenzpflicht abgeschoben zu werden ?

Cho Lucas Ayaba: Wenn Du von der Polizei erwischt wirst, erklären sie Dir als erstes, daß Du gegen das Gesetz verstoßen hast. Anschließend erhältst Du einen Strafbefehl. Wir haben entschieden, daß wir diese Strafbefehle nicht bezahlen werden. Wenn Sie Dich für schuldig halten, mußt Du dann dafür ins Gefängnis gehen. Als letzte Konsequenz wirst Du aufgrund des Verstoßes gegen die Residenzpflicht abgeschoben. Generell gibt es viele Flüchtlinge, die aufgrund des Verstoßes gegen die Residenzpflicht abgeschoben worden sind, wir kennen aber die Statistiken nicht. Es werden viele Flüchtlinge aufgrund der verschiedensten Verstöße gegen das

Ausländergesetz abgeschoben, die Residenzpflicht ist eins davon.

AK: Was hat sich für die Situation von Flüchtlingen faktisch verändert, seitdem SPD und Grüne die Regierung stellen ?

Cho Lucas Ayaba: Seit der rot-grünen Regierung hat sich für uns nichts verändert. Im Grunde sehen wir uns mit den gleichen Bedingungen konfrontiert wie vorher auch. Nur ist es schwieriger geworden, mit Kritik in der Öffentlichkeit anzukommen. Auch wenn die SPD und die Grünen, die momentan die Regierung stellen, sich als besonders offen und humanitär geben, vermeiden sie das Thema Flüchtlinge zu unseren Gunsten aufzugreifen. Mit den neuesten Vorstößen der CDU, die Immigration zum Wahlkampfthema zu machen, wird auch die SPD noch weiter die Gesetze verschärfen, damit rechnen wir zumindest. Die einzigen, mit denen wir die Erfahrung machen, gut zusammenarbeiten zu können, sind die Leute, die gegen den Rassismus, Faschismus und Neonazismus kämpfen. Das sind im Moment unsere einzigen politischen Partner.

AK: In Frankreich gibt es die Bewegung der Sans-Papier (Anm.: eine Bewegung illegalisierter Flüchtlinge afrikanischer Herkunft, die für ein Bleiberecht kämpfen). Sind die Sans-Papier für Euch ein Vorbild, nach dem ihr versucht hier Flüchtlinge zu organisieren ?

Cho Lucas Ayaba: Die Bewegung der Sans-Papier hat andere Vorausbedingungen gehabt als wir. Viele Flüchtlinge in Frankreich beherrschen aus der Zeit der Kolonialisierung die französiche Sprache und sind dadurch in der Lage, sich in der Öffentlichkeit und auf den Behörden zu artikulieren. Damit können sie ihre Isolation leichter durchbrechen. Für uns gestaltet sich die Kommunikation häufig als Problem. Wir verstehen die deutsche Sprache, wenn überhaupt, meist nur sehr schlecht und sind daher häufig den Behörden eher hilflos ausgesetzt. Das Problem der Kommunikation ist sehr entscheidend. Die Behörden machen sich auch ein Spiel daraus. Sie sagen, sie könnten weder Englisch, noch Französisch. Es ist auch etwas, was uns mental erschlägt. Wir versuchen immer den Flüchtlingen zu vermitteln, daß man sich wehren muß gegen die Formen der Unterdrückung, der Diskriminierung, des Rassismus. Wir versuchen ihnen den Mut zu geben. Sehr viele Flüchtlinge sind schon in ihren Herkunftsländer politisch aktiv gewesen. Wir versuchen ihnen zu vermitteln, daß es auch in diesem Land nicht die Bastion gibt, die nicht zu verändern ist. Man kann sie verändern, dazu braucht man aber die Entschlossenheit und den Willen. Das sagen wir ihnen, damit sie den Kampf in die Hand nehmen.

AK: Wo siehst Du die Probleme bei der Selbstorganisation von Flüchtlingen ?

Cho Lucas Ayaba: Das größte Problem bei der Organisierung von Flüchtlinge ist die Flüchtlingspolitik der BRD. Die Flüchtlinge sind isoliert, sie sind überall im Land zerstreut und durch die Residenzpflicht in ihrem Landkreis eingesperrt. Es wird uns erschwert zu reisen. Die Isolation ist auch ein mentales Problem. Wir können untereinander nur sehr schwer über unsere Probleme diskutieren. Das sind für uns die eigentlichen Probleme bei der Organisierung von Flüchtlingen.
Außerdem haben wir wieder einmal ein Kommunikationsproblem. Es gibt für Flüchtlinge in Deutschland nicht unbedingt die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu lernen. Daher stellt sich aber auch das Problem mit den Menschen anderer Staaten, anderer Kontinente zu sprechen. Hauptsächlich können wir Flüchtlinge afrikanischer Herkunft ansprechen. Es gibt aber doch unterschiedliche Organisationen, die bei uns organisiert sind. Zum Beispiel gibt es auch eine Gruppe von Tamilen oder Kolumbianern. The VOICE versucht für alle Flüchtlinge eine Basis zu sein.

AK: Was habt ihr Euch für konkrete Ziele für die nächste Zeit gesetzt ?

Cho Lucas Ayaba: Also, als erstes versuchen wir Flüchtlinge aus möglichst vielen Orten in The VOICE zu organisieren, was auch bedeutet, in den Ortschaften Aktionen durchzuführen. Das ist sehr wichtig. Des weiteren planen wir eine große Demonstration in Berlin im kommenden Jahr gegen die Residenzpflicht. Wir werden das in den nächsten Tagen und Wochen konkreter machen. Das alles ist schon eine Menge Arbeit, aber wir werden es schaffen. Wir werden nicht zurücktreten von unseren Forderungen und wir werden bis zum Ende gehen.

AK: Und wie kann man Euch als Organisation oder als Einzelperson unterstützen ?

Cho Lucas Ayaba: Ja, weißt Du, allein zu sehen, daß es auch Leute in diesem Land gibt, die gegen das System kämpfen, bedeutet schon sehr viel. Das ist eine große moralische Unterstützung. Einen Kontakt zueinander zu haben, daß man sich austauschen kann und man sich gegenseitig unterstützt. Und natürlich gibt es auch die praktischen Dinge, wie z.B. uns beim Organisieren von Aktionen zu helfen oder die Möglichkeit zum Transport von Leuten zu haben. Das hilft uns enorm weiter, weil wir einfach auch wenig Geld haben.

AK: Cho Lucas Ayaba, wir danken Dir für dieses Gespräch.

Kontakt: The VOICE Afrika Forum-NRW
C/o Cho Lucas Ayaba
Tel.: 0173 / 77 11 395
E-Mail: yabaluc@hotmail.com

Das Interview wurde am 7.11.2000, bei einer von Flüchtlingen organisierten Demonstration in Balwe, in französischer Sprache geführt.
Aktion Knastmucke- eine antirassistische Initiative – (organisiert im Antifa-KOK Düsseldorf).

„Geil auf Autofahren“

Tötungsversuch an Holger ein Verkehrsdelikt ?!

Unter dem Motto „Ist was? Gegen rassistische und faschistische Gewalt und Verharmlosung durch Polizei, Medien und Justiz!” fand am 20.11.1999 in Münster eine antifaschistische Demonstration statt. Anlaß war der Umgang der Justiz mit dem Tötungsversuch an dem Antifaschisten Holger durch Marc Westhove aus Lengerich am 19.9.1998 in Rostock. Die Tatsache, daß sich heute kaum noch jemand an das Geschehene erinnern kann, dürfte ganz im Sinne der Justiz sein. Sie hat ihr Ziel wohl erreicht, mittels Vertuschen, Verdrängen und Entpolitisierung einen politisch motiviertem Tötungsversuch zu einem Verkehrsdelikt umzudichten und damit zu bagatellisieren. Um die Ereignisse wieder ins Gedächtnis zu rufen und über die Hintergründe des Prozesses gegen den Täter aufzuklären, im folgenden ein Rückblick:

Es war am 19. September 1998, Wahlkampfzeit. Die NPD und JN hatten zu einem Aufmarsch nach Rostock-Lichtenhagen mobilisiert, demjenigen Ortsteil, in dem sechs Jahre zuvor Neonazis unter der Parole "Ausländer raus!" ein Wohnhaus von vietnamesischen VertragsarbeiterInnen angriffen, während Polizisten zuschauten und rassistische AnwohnerInnen applaudierten. Die Provokation der NPD, sich positiv auf dieses Pogrom zu beziehen, hatte auch mehrere tausend AntifaschistInnen motiviert, zu einer Gegendemo nach Rostock zu kommen. Auf der Straße vor dem Infozelt spielte sich dann laut Augenzeugen folgendes ab: „... Da kommt ein aufgemotzter dunkler Kleinwagen angerast, macht eine Vollbremsung. Der Fahrer legt den Rückwärtsgang ein und vollbringt mit quietschenden Reifen eine sogenannte Chicagowende. Dann fährt er stark beschleunigend wieder in die Richtung, aus der er kam. Holger und eine weitere Person waren gerade auf der Straße, um diese zu überqueren. Der andere konnte gerade noch zur Seite springen, doch Holger wurde vom Auto erfaßt, durch die Luft geschleudert und blieb dann mit schweren Kopfverletzungen liegen. Obwohl der Fahrer freie Sicht und auch Ausweichmöglichkeiten hatte, unternahm er keinen Versuch, zu bremsen oder auszuweichen. Im Gegenteil, er beschleunigte noch und fuhr auch danach ohne Zögern weiter.“ Laut Polizeiangaben habe sich der Fahrer „dem Unfallort abgewandt“, sich jedoch später gestellt. Polizeilicherseits wurde von einem „Vorfall“ gesprochen und die Zugehörigkeit des Fahrers zur rechten Szene geleugnet. Dabei hatten die Insassen nach dem „Unfall“ die schwarz-weiß-rote Reichskriegsflagge über die Motorhaube des Autos ausgebreitet und von „linken Zecken“ gesprochen, so zeigten es die Bilder eines Polizeivideos, welches als Beweismittel vorgeführt wurde.

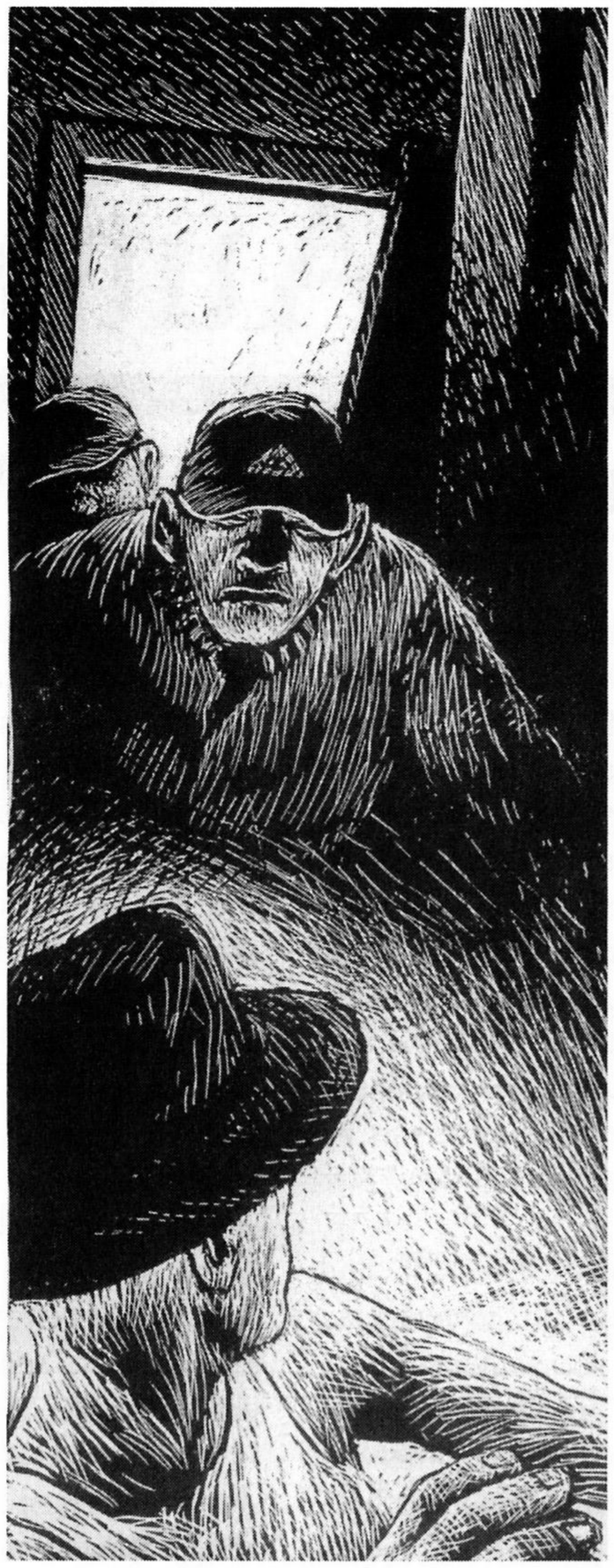
Holger selbst ist seit diesem Tag in seinen körperlichen und geistigen Fähigkeiten enorm beeinträchtigt. Das Verfahren wurde an das Amtsgericht (AG) Tecklenburg im Münsterland übergeben. Dort begann ein juristisches HickHack, an deren Ende beinahe die Einstellung des Verfahrens gestanden hätte. Aufgrund öffentlichen Drucks entschied sich die Staatsanwaltschaft Münster jedoch, das Verfahren nicht einzustellen. Ausgerechnet am geschichtsträchtigen 9.November 2000, nach über zwei Jahren, begann der Prozeß vor dem Amtsgericht Tecklenburg. Zum Prozess erschienen neben einem Aufgebot von mehreren Dutzend PolizistInnen, etwa 40 AntifaschistInnen und als Zeugen und Beifahrer Westerhoves am besagtem 19.9.1998 die Zwillinge Matthias und Markus Pohl sowie Robert Krüger, die der lokalen Neonazi-Szene angehören und dem Umfeld der „Kameradschaft Teutoburger Wald“ zuzurechnen sind. Gegen einige Mitglieder dieser „Kameradschaft“ laufen zur Zeit noch mehrere Verfahren wegen Angriffe auf Punks und Nicht-Deutsche.

Obwohl die Aussagen von Zeugen auf einen Vorsatz schließen lassen, wurde gegen Marc Westerhove lediglich wegen „fahrlässiger Körperverletzung“ ermittelt. Dies zeigt, daß die Justiz kein wirkliches Interesse an der Aufklärung der Tat hat.

Westerhove selbst sagte aus, daß er gar nicht zur NPD-Demo gewollt habe, sondern nur „geil auf`s Autofahren“ gewesen sei und mit seinen drei Beifahrern den Aufmarsch nur ansehen wollte. Die drei Beifahrer verwickelten sich bei ihren Zeugenaussagen in größere Widersprüche und wollten gar Holger zum eigentlichen Täter machen, der das Auto mit Steinen angegriffen habe. Ein Gutachten belegt aber neben verschiedenen Zeugenaussagen, das es keine Steinwürfe auf das Auto gegeben hat. Einzig die Anwältin von Holger versuchte als Nebenklagevertreterin den politischen Rahmen des „Vorfalls“ darzustellen und aufzuklären. Der Staatsanwalt forderte in seinem Plädoyer, doch den politischen Hintergrund aus diesem Fall rauszuhalten und beantragte eine Verwarnung in Höhe von 2.000 DM Geldbuße und 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit. Der Verteidiger Westerhoves, der neben Westerhove in anderen Prozessen noch weitere Angeklagte der neonazistischen Szene im Raum Lengerich vertritt, schloss sich den Forderungen der Staatsanwaltschaft an. Die Nebenklage ging in ihrem Plädoyer hingegen nochmals auf die politischen Hintergründe der Tat ein und beantragte für die „Tat hart an der Grenze zum Vorsatz“ 1 Jahr auf Bewährung, den Entzug der Fahrerlaubnis und 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit. Das Gericht verurteilte Westerhove letztendlich zu 6 Monaten Jugendarrest auf Bewährung und 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit.

Westerhove quälte sich abschließend die einstudiert wirkenden Worte „tut mir superschrecklich leid und ich war zur falschen Zeit am falschen Ort und Du eben auch“ in Richtung Holger heraus.

Es bleibt die Feststellung, daß es niemals falsch sein kann, gegen die NPD und andere Nazis zu demonstrieren, egal an welchen Ort und zu welcher Zeit!



Kriminalisierung eines Wupp

Berufungsverfahren gegen Martin wird na

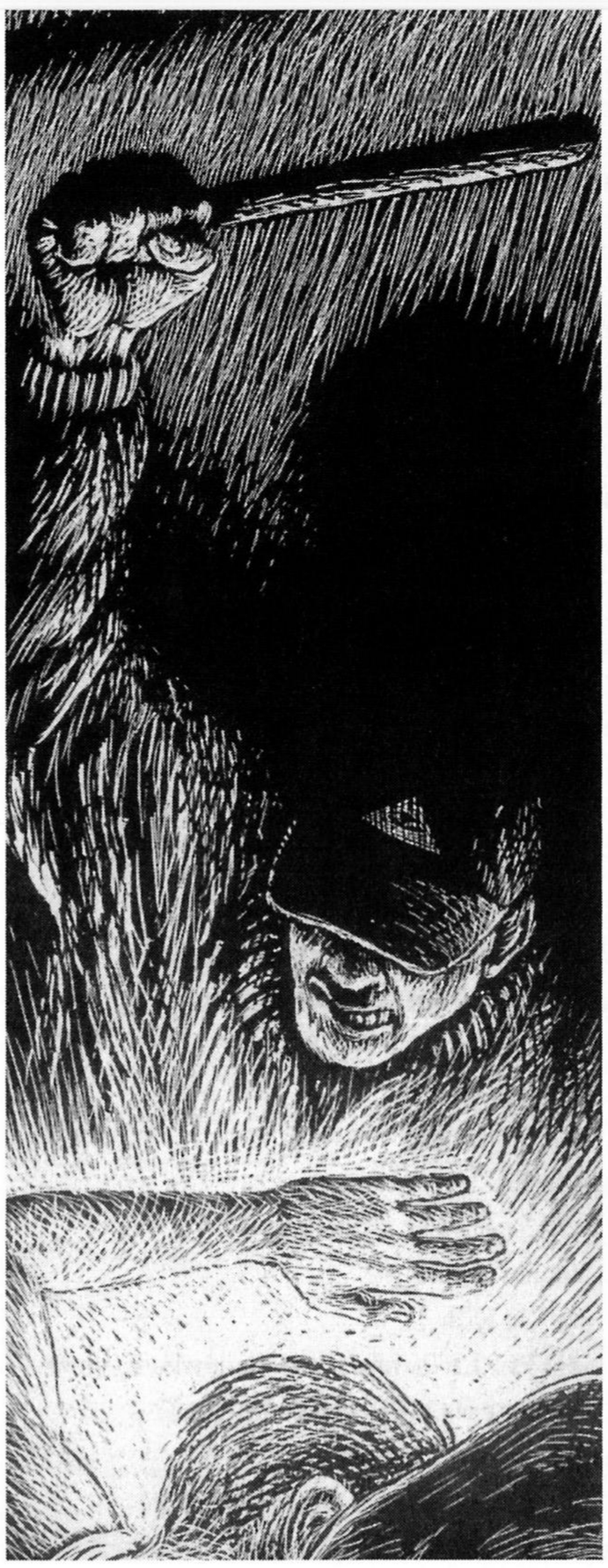
Am 6.11. fand vor dem Bonner Landgericht das Berufungsverfahren gegen den Antifaschisten Martin aus Wuppertal statt. Es wurde nach nur einem Verhandlungstag aufgrund formeller Gründe abgebrochen und wurde nun für vier Termine im Dezember neu angesetzt.

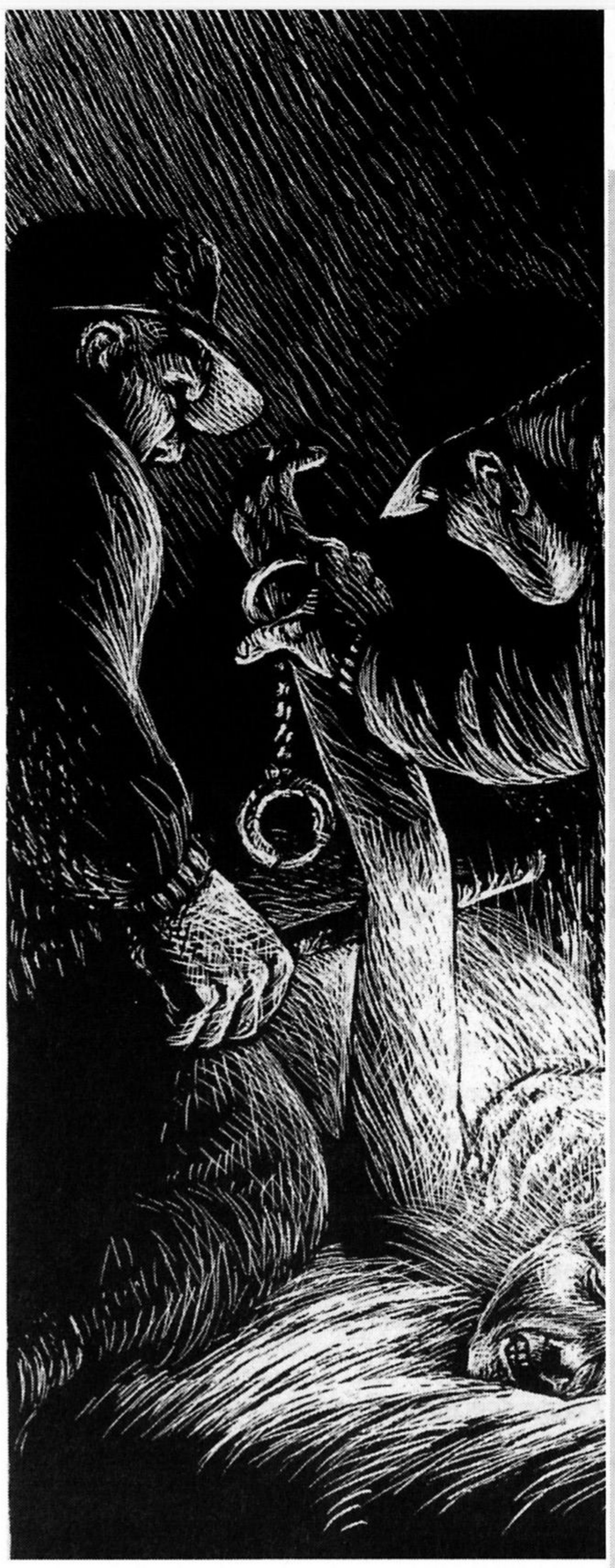
Martin war im September ¥99 nach drei Verhandlungstagen vor dem Bonner Amtsgericht zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten,ausgesetzt auf eine dreijährige Bewährungsfrist, sowie zu 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt worden. Angeklagt wurde Martin aufgrund des Vorwurfs des schweren Landfriedensbruchs, sowie der gefährlichen Körperverletzung. Konkret wurde erbeschuldigt, während der Gegendemonstration bezüglich des NPD-Aufmarsches in Bonn am 24.10.1998 einen Polizeibeamten durch einen Flaschenwurf schwer verletzt zu haben.

Am ersten Tag des Berufungsverfahrens, das trotz dreier Verhandlungstage in der ersten Instanz lediglich auf zwei Termine angesetzt war, bot sich ein der ersten Instanz ähnlicher Verlauf: Einziger Belastungszeuge ist ein Polizeibeamter der Bochumer Bereitschaftspolizei, der behauptet, Martin als Urheber eines Flaschewurfes, durch den ein Kollege am Oberkiefer schwer verletzt worden sei soll, identifiziert zu haben. Als Identifikationsmerkmale nannte er Kapuzenpulli, Sonnenbrille und markante Gesichtszüge, wobei offenbleibt, wie er diese angesichts der andererseits behaupteten Vermummung gesehen haben will. Auflerdem habe die gesamte obere Bekleidung durchgehend eine dunkle Farbe gehabt, wenngleich der Angeklagte, der tatsächlich auf der fraglichen Gegendemonstration gewesen und dort gefilmt worden war, nachweislich einen grünen Pulli und eine blaue Jeansjacke getragen hatte. Diesem „Beweis" hinsichtlich Martins vermeintlicher Täterschaft konnte - ebenfalls wie schon im ersten Prozess - ein lückenloses Alibi entgegengesetzt werden. So wurde durch die Aussage von drei ZeugInnen nachgewiesen, dass sich Martin zur besagten Zeit - als der Flaschenwurf erfolgt war - an einer ganz anderen Stelle aufgehalten hatte. Dort hatte er sich um eine durch die Polizei schwer verletzte Freundin gekümmert. In der ersten Instanz war Martin trotz dieser für ihn eindeutigen, positiven Konstellation verurteilt worden. Wurde damals noch der Antrag auf Sichtung von potenziell entlastendem Videomaterial vom Amtsrichter abgewiesen, so war dies am 6.11. vor dem Landgericht nicht mehr möglich: Die Verteidigung legte Videoprints von Polizeivideos vor, die sie erst nach dem erstinstanzlichen Verfahren erhalten hatte. Diese zeigen den Angeklagten während der fraglichen Flaschenwurfszene an einem völlig anderen Ort im Polizeikessel und zwar - exakt den Zeuginnenaussagen entsprechend - mit völlig passivem Verhalten. Der zu den Videoprints gehörige Beweisantrag lautet auf Zulassung der Originaldigitalbänder zum Verfahren, um in optimaler Qualität die Nichttäterschaft des Angeklagten und damit die allein rein juristische Absurdität dieses Verfahrens zu untermauern. Sichtbar überfordert und ungehalten räumten Richterin und Staatsanwalt ein, dass sich nun doch wohl eine etwas andere Sichtweise ergebe und erklärten, zunächst einmal eine Ortsbesichtigung vornehmen zu müssen.

Damit reichen die nur zwei angesetzten Verhandlungstage nicht mehr hin um - wie wohl vorgestellt - Ñkurzen Prozess" machen zu können. Weil aufgrund von Verhinderung mehrerer Prozessbeteiligter nachfolgende Prozesstage nicht mehr fristgerecht terminiert werden konnten, wird die gesamte Berufung neu angesetzt, der Termin am 10.11. ist damit hinfällig. Die neuen Termine lauten nun:

Freitag, 8. Dezember, 9.30 Uhr, Freitag, 15. Dezember, 10.00 Uhr





ertaler Antifaschisten - Teil 2

ch einem Verhandlungstag neu angesetzt

Montag, 18.Dezember, 10.30 Uhr, Mittwoch, 20. Dezember, 12.00 Uhr
vor dem Landgericht Bonn, Wilhelmstr. 21, Raum 13 B.
Bitter erkundigt Euch vorher nach Terminänderung
(am Besten per email, siehe unten)!

Spenden zur Unterstützung des Angeklagten werden weiterhin dringend benötigt:
Konto: Rechtshilfegruppe Wuppertal,
Konto-Nr.: 922492, BLZ 33050000,
Stichwort: Prozess Bonn
Kontakt: Rechtshilfegruppe Wuppertal, c/o Infoladen, Brunnenstr.41, 42105 Wuppertal, email: rhg@gmx.li

Buchtip Repression:

Durch die Wüste - Ein Antirepressionshandbuch

Viele politische AktivistInnen kennen das Gefühl. Auf einmal steht man im Polizeikessel, die Hände auf den Rücken gedreht und es geht ab in Polizeigewahrsam. Dann beginnt für viele die Unsicherheit, was können mir die Bullen, muß ich aussagen, wie muß ich mich verhalten, was habe ich für Rechte? ... und somit der Gang "durch die Wüste".
So lautet auch der Titel des "Antirepressions-Handbuch für die politische Praxis", indem Antirepressionsgruppen aus verschiedenen Städten ihre Erfahrungen und Diskussionen der letzten Jahre zusammengetragen haben. Das Buch orientiert sich stark am Alltag linker Gruppen, verzichtet weitgehend auf ein Paragraphen-Wirrwarr und gibt zahlreiche Tips zum Umgang mit dem Staatsapparat. Besonders lobenswert ist auch, daß bestimmte basics wie z.B. die Aussageverweigerung noch einmal genau erklärt werden und auf die Gefahren, die Aussagen mit sich bringen, hingewiesen wird. Es findet sich aber auch viel Grundsätzliches zu Methoden der Herrschaftssicherung in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftssystemen.
Im Ganzen eine gute Mixtur aus Rechtshilfetips; Beispielen wie staatliche Kriminalisierungsversuche ablaufen und Ratschlägen über den Umgang mit den verschiedensten Formen der Repression. Zwei Grundsätze ziehen sich durch das Buch: Wichtig ist der Austausch und die Diskussion innerhalb der Gruppen/Zusammenhänge oder unter FreundInnen und vorallem keine Paranoia! Nicht zu Unrecht gilt "durch die Wüste" als der immer vergriffene Klassiker zum Thema Antirepressionsarbeit. Dieses Buch ist ein "Muß" für jede/n politische Aktivist/in.

AutorInnenkollektiv (Hrsg.): Durch die Wüste, Unrast-Verlag, 14 DM

Der Antifa-Kiosk

Kontaktadressen der
Unabhängige ANTIFA-Gruppen in NRW

Antifa Bergheim und Umgebung
c/o Gruppe Gastfreundschaft
Bahnstr. 23
50181 Bedburg
www.antifa.net/abuu

Antifa Bergisch-Gladbach/Leverkusen
c/o Jugendclub Courage
Steinbergerstr. 40
50733 Köln

Antifa West Bielefeld
c/o Bürgerwache Siegfriedplatz
Rolandstr. 16
33615 Bielefeld

Fantifa Bielefeld
c/o Infoladen
Heeperstr. 132
33607 Bielefeld

Die kleinen Strolche Bochum
c/o Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108
44894 Bochum

F.A.U.S.T. Bochum
c/o Regenbogenladen
Eibergerstr. 2
44879 Bochum

Antifa-AK Castrop Rauxel
c/o Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108
44894 Bochum
Email: antifa-cas@koma.free.de

Antifa-Cafe A.N.D.E.R.S. Bochum
c/o Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108
44894 Bochum

Antifa Bonn/Rhein-Sieg
c/o Buchladen Le Sabot
Breite Str. 76
53111 Bonn

Antifaschistische Aktion Bünde
c/o Villa Kunterbunt
Pf. 2011
32220 Bünde

Antifa Dortmund-Nord
c/o Langer August
Braunschweiger Str. 22
44145 Dortmund
Email: antifa-do.nord@anarch.free.de
www.free.de/antifa

Antifa Basta und Antifaschistische Aktion Dortmund
c/o Geschichtswerkstatt
Wellinghoferstr. 44
44263 Dortmund

Antifa Düren
www.antifa-dueren.de

Antifaschistische Aktion Düsseldorf
c/o Büro für ständige Einmischung
Oststr. 37
40211 Düsseldorf
www.free.de/antifa/kok

Antifa-KOK Düsseldorf
c/o AStA FH D
Georg-Glock-Str. 15
40474 Düsseldorf
kok@free.de
www.free.de/antifa/kok

ANTIFA-AK an der FH Düsseldorf
c/o AStA FH D
Georg-Glock-Str. 15
40474 Düsseldorf
antifa-ak@gmx.de

Antifa A&O Düsseldorf
c/o Büro für ständige Einmischung
Oststr. 37
40211 Düsseldorf
kok@free.de
www.free.de/antifa/kok

Antifa LOTTA Düsseldorf
c/o Büro für ständige Einmischung
Oststr. 37
40211 Düsseldorf
kok@free.de
www.free.de/antifa/kok

Antifa Duisburg
c/o Verein für progr. Kultur
W^rthstr. 175
47053 Duisburg

RAI Duisburg
c/o Fabrik
Grabenstr. 20
47057 Duisburg
HYPERLINK http://www.no-nazis.de
www.no-nazis.de
Rezisto Duisburg
Email: rezisto@gmx.de

Fantifa Towanda
c/o Freiraum e.V.
Impatienta/Genarchiv
Friederikenstrafle 41
45130 Essen

Unabhängige Antifa Aktiv
c/o Falkenheim Frohnhausen
Thiesbürgerweg 24
45144 Essen
www.free.de/uaa

Antifa Gelsenkirchen
c/o Infoladen Augusta & Moritz
Augusta Str. 24
45894 Gelsenkirchen

Netzwerk gt / Antifa-Kreisplenum
Bogenstr. 8
33330 Gütersloh

SKA Gütersloh
Bogenstr. 8
33330 Gütersloh

Antifa Hamm
Pf. 1103
59065 Hamm

Unabhängige Antifa Herne
Postfach 10 01 36
45601 Recklinghausen
Email: antifa-herne@gmx.de

Antifa Hilden
c/o SoKult e.V.
Kleeferhof
Hochdahlerstr. 179
40724 Hilden

Antifa Hemer
c/o JUZ
Karnacksweg 44
58636 Iserlohn
Email: antifa-hemer@gmx.de

Unabhängige Antifa No Pasaran und Antifaschistische Aktion Krefeld
c/o Bücherladen Am Rathaus
Stephanstr. 89
47798 Krefeld

Antifa K
c/o Jugendclub Courage
Steinbergerstr. 40
50733 K^ln
HYPERLINK http://www.is-koeln.de/antifa-koeln www.is-koeln.de/antifakoeln

Antifa Kamp-Lintfort
Email: antifa.kamp-lintfort@web.de

Antifa Leverkusen/Langenfeld
c/o Büro für ständige Einmischung
Oststr. 37
40211 Düsseldorf

Autonome Antifa Lüdenscheid und Antifa-Jugend-Front Lüdenscheid
c/o B90/Die Grünen
Am Ramsberg 44
58507 Lüdenscheid
www.nadir.org/nadir/initiativ/aal

Initiative Antifaschistisches Sauerland
Postfach 1319
59853 Meschede
www.free.de/ias

Ya Basta! - Junge Linke Hochsauerlandkreis
Pf. 1326
59853 Meschede

Blockbuster Jugend gegen Rassismus Mönchengladbach
c/o Prolibri Buchladen
Schillerstr. 22
41065 Mönchengladbach

Autonome Antifa Moers
c/o Barrikade
Bismarckstr. 41 a (HH)
47443 Moers

Antifa Mülheim
c/o AZ Mülheim
Auerstr. 51
45468 Mülheim

M.A.f.i.A. Münster
c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64
48153 Münster

Offene Antifa Münster
c/o UWZ
Scharnhorststr. 57
48153 Münster
www.muenster.de/~uwz/oam

Link Oberhausen
c/o Projekt Archiv
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen
Email: link@drucklufthaus.de

Antifa Ratingen
c/o ALSH
Philippstr. 30a
40878 Ratingen

Antifa X Recklinghausen
PF. 100136
45601 Recklinghausen

Antifaschistisches Forum Rheinberg
c/o Antifaschistisches Büro
Herzogenring 4
46483 Wesel
www.duisburg-alternativ.de/antifaforum

Autonome Antifa Rheine
c/o A.B.W.
Kugeltimpen 7
48431 Rheine

ANTIFA-AG an der GH Siegen
c/o VEB
Marienbornerstr. 16
57076 Siegen

Antifaschistische Aktion Siegerland
c/o VEB
Marienborner Str. 16
57074 Siegen

AJP Soest
c/o Alter Schlachthof
Vor dem Ulrichertor 4
59494 Soest

Autonome Jugendantifa Unna
c/o SpontUN
Gesellschaftsstr. 15
59423 Unna

Junge Linke Wesel
c/o Antifaschistisches Büro
Herzogenring 4
46483 Wesel
Email: jlwesel@gmx.de
www.jungdemokratinnen.de/wesel

Antifaschistische Aktion Wuppertal
c/o Infoladen
Brunnenstr. 41
42105 Wuppertal

Autonome Antifa Wuppertal
c/o Infoladen
Brunnenstr. 41
42105 Wuppertal

Kontakt zu den lokalen VVN/BdA -Gruppen

VVN/BdA Landesgeschäftsstelle NRW
Gathe 55
42107 Wuppertal
www.vvn-bda.de/nrw

(Antifa)-Archive in NRW

Notstand Bochum
c/o AStA RUB
Referat für Grund- und Freiheitsrechte
Universitätsstr. 150
44801 Bochum

Antifa-Archiv Dortmund
c/o Langer August
Braunschweiger Str. 22
44145 Dortmund

Antifa-Archiv Düsseldorf
c/o AStA FHD
Georg-Glock-Str. 15
40474 Düsseldorf
Email: archiv-d@gmx.de

Artheprax duisburg
c/o Fabrik
Grabenstr. 20
47051 Duisburg

Archiv Schwarze Katze
Postfach 41 20
58664 Hemer
web: http://www.free.de/schwarze-katze/
e-mail: schwarze-katze@free.de

Projekt Archiv Oberhausen
c/o Druckluft
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Hartmut-Meyer-Archiv
c/o VVN/BdA NRW
Gathe 55
42107 Wuppertal

Antifa-Zeitschriften in NRW

Linksabbieger
Antifaschistische Zeitung aus dem Münsterland
Pf. 2337
59256 Beckum

SchlagNach
c/o BI Bürgerwache
Rolandstr. 16
33615 Bielefeld

Antifa-Jugendinfo Bonn/Rhein-Sieg
c/o Buchladen Le Sabot
Breite Str. 76
53111 Bonn

T-34 (ehemals Zündstoff)
Informationen aus dem westlichen Ruhrgebiet
c/o Verein für progr. Kultur
Wörthstr. 175
47053 Duisburg
Email: T-34@gmx.de

Gegendruck
Zeitung für eine linke Jugendbewegung
c/o Antifaschistisches Büro
Herzogenring 4
46483 Wesel
Email: jlwesel@gmx.de

ANTIFA-AK-Infoblatt
c/o AStA FH Düsseldorf
Georg-Glock-Str. 15
40474 Düsseldorf
antifa-ak@gmx.de

MOSKITO (SchülerInnenzeitung)
c/o Büro für ständige Einmischung
Oststr. 37
40211 Düsseldorf

TERZ - Düsseldorfer Stattzeitung
Himmelgeisterstr. 107 A
40225 Düsseldorf
Email: terz@gmx.de
www.terz.org

KRASS
c/o Infoladen
Ludolf-Camphausenstr. 36
50672 Köln

Antifaschistische Nachrichten
c/o GNN-Verlag
Zülpicherstr. 7
50674 Köln
www.infolinks.de/an

ZAK
Zeitung für antifaschistische Kultur Krefeld
c/o Bücherladen am Rathaus
Westwall 27
47798 Krefeld

Apoplex
Schlaganfall für Münster
c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64
48153 Münster

Rheinberger Infoblatt
c/o Antifa-Büro
Herzogenring 4
46483 Wesel

Zeitzünder
Infoblatt des autonomen Zentrums Wuppertal
c/o Infoladen
Brunnenstr. 41
42105 Wuppertal

Bundesweite Antifa-Zeitschriften

Antifaschistisches Infoblatt
c/o L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
www.nadir.org/nadir/periodika/aib

Der Rechte Rand
Postfach 1324
30013 Hannover
www.der-rechte-rand.de

Internationale Antifa-Zeitungen

Searchlight
37B New Cavendish Street
London WC1M 8JR
www.searchlightmagazine.com